

<http://www.laender-analysen.de/russland/>

RUSSLAND-POLEN-DEUTSCHLAND

■ ANALYSE		
Die polnisch-russischen Beziehungen nach der Flugzeugkatastrophe von Smolensk		2
Von Jarosław Ćwiek-Karpowicz, Warschau		
■ ANALYSE		
Das Bild des Westens. Russische Ansichten zu Polen und Deutschland		7
Von Agnieszka Łada, Warschau, und Cornelius Ochmann, Berlin		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Der russische Blick auf Polen, Deutschland und das eigene Land		12
■ UMFRAGE		
Russen über den skandalträchtigen Film »Die Unschuld der Muslime«		19
■ UMFRAGE		
Rauschgift, Drogen, Steuerhinterziehung, Sexualität.		
Zu den Wertvorstellungen in Russland		21
■ UMFRAGE		
Die Wahrnehmung von Oppositionspolitikern in Russland		25
■ CHRONIK		
Vom 20. September bis zum 4. Oktober 2012		29

Bei der Vorbereitung für diese Nummer haben Russland-Analysen und Polen-Analysen zusammengearbeitet. Das Material wird in beiden Analysen veröffentlicht.

Die polnisch-russischen Beziehungen nach der Flugzeugkatastrophe von Smolensk

Von Jarosław Ćwiek-Karpowicz, Warschau

Zusammenfassung

Die Flugzeugkatastrophe von Smolensk (April 2010), bei der der polnische Staatspräsident und die ihn begleitende Delegation auf dem Weg zur Gedenkfeier zum 70. Jahrestag des Massakers von Katyn ums Leben kamen, war in der Nachkriegsgeschichte beispiellos. Nie zuvor waren so viele Menschen aus Schlüsselpositionen des Staates tödlich verunglückt. Zwei Jahre nach diesem Ereignis ist festzuhalten, dass infolge der Katastrophe keine wesentlichen Veränderungen in den polnisch-russischen Beziehungen eingetreten sind. Dies ist auf die Politik der beiden Regierungen zurückzuführen, die sich bemühen, die Probleme, die mit der Aufklärung des Unfalls zu tun haben, nicht mit anderen Fragen der bilateralen Beziehungen zu verknüpfen. Ein weiterer Grund liegt in den aktuellen internationalen Beziehungen selbst, in denen die Außenpolitik immer stärker von globalen Prozessen und weniger von Einzelereignissen determiniert ist.

Die Katastrophe von Smolensk

Der Absturz der Präsidentenmaschine am Flughafen von Smolensk am 10. April 2010 war hinsichtlich der Anzahl der Todesopfer eine der größten Tragödien in der Geschichte der polnischen Luftfahrt. Da auch das Staatsoberhaupt tödlich verunglückt war, wurde sie manchmal mit anderen Flugzeugunfällen verglichen, u. a. mit dem Absturz des Generalsekretärs der UNO, Dag Hammarskjöld, des pakistanischen Staatspräsidenten Mohammed Zia ul-Haq oder des makedonischen Präsidenten Boris Trajkovski. Was die Katastrophe von Smolensk von anderen Flugzeugunfällen unterscheidet, ist die sehr große Anzahl der Verunglückten, die wichtige Positionen im Staat innehatten. In Smolensk kamen 88 Passagiere und acht Besatzungsmitglieder ums Leben, darunter der polnische Staatspräsident Lech Kaczyński und seine Ehefrau Maria, der letzte Staatspräsident der Republik Polen im Exil, Ryszard Kaczorowski, die stellvertretenden Sejmarschälle Jerzy Szmajdzinski und Krzysztof Putra, die stellvertretende Senatsmarschallin Krystyna Bochenek, Abgeordnete und Senatoren aller Fraktionen im Sejm, Leiter von wichtigen staatlichen Institutionen wie dem Büro für Nationale Sicherheit, der Präsidialkanzlei, der Polnischen Nationalbank und dem Institut für Nationales Gedächtnis sowie Vertreter vieler Ministerien, von Veteranenverbänden und gesellschaftlichen Organisationen. Die Katastrophe von Smolensk wird auch als die größte Tragödie der Polnischen Armee nach dem Zweiten Weltkrieg bezeichnet, denn im Flugzeug saßen auch der Generalstabschef und die Chefs der Teilstreitkräfte der Polnischen Armee. Zur Delegation gehörten auch die Oberhäupter des katholischen, orthodoxen und evangelischen Feldordinariats.

Die Teilnahme von Staatspräsident Lech Kaczyński und anderen Angehörigen der polnischen politischen Elite an der Gedenkfeier in Katyn sollte nicht nur Ehrer-

bietung gegenüber den im Frühjahr 1940 vom NKWD ermordeten 20.000 polnischen Kriegsgefangenen, vor allem Offizieren und Polizisten, zum Ausdruck bringen, sondern auch ein Bekenntnis zu der Wahrheit, die von den kommunistischen Machthabern fast bis zum Ende der Sowjetunion verborgen worden war. Erst im April 1990 hatte die Politik der UdSSR die Verantwortung für das Massaker von Katyn eingestanden; Boris Jelzin, der Staatspräsident Russlands, übergab der polnischen Seite im Oktober 1992 einen Teil der Dokumentation zu diesem Thema. Der Mord von Katyn war die »Gründungslüge der Volksrepublik Polen«, was sowohl Ministerpräsident Donald Tusk in seiner Rede am 7. April 2010 betonte als auch Staatspräsident Lech Kaczyński in seiner Rede, die er für den 10. April 2010 vorbereitet hatte. Die Verbreitung der »Katyn-Lüge« durch die kommunistischen Machthaber, auf die das Nachkriegspolen aufgebaut wurde, hatte eine gegenteilige Wirkung. Obwohl sie sich damit Repressionen aussetzten, gab es Menschen, die die Wahrheit über Katyn forderten und gleichzeitig den Mythos eines unabhängigen Polen schufen. Dieser war außerordentlich hilfreich, unterschiedliche demokratische Milieus zu integrieren, vor allem als die Gewerkschaft Solidarność im August 1980 entstand. Ihre Mitbegründerin und legendäre Aktivistin Anna Walentynowicz gehörte zu den Passagieren des tragischen Flugs nach Smolensk.

Der Stand der Beziehungen vor der Katastrophe – die Anfänge einer Normalisierung

Die polnisch-russischen Beziehungen wurden in den letzten 20 Jahren von vielen die Entwicklung einer gutnachbarschaftlichen Zusammenarbeit dauerhaft störenden Problemen belastet. Im Vordergrund standen das mangelnde Vertrauen in Sicherheitsfragen und gegen-

sätzliche wirtschaftliche Interessen (vor allem in Energiefragen), unterschiedliche Haltungen gegenüber den gemeinsamen Nachbarstaaten und dem gesamten postsowjetischen Raum sowie unterschiedliche Bewertungen des kommunistischen Erbes. Mit der sich verändernden Bewertung des internationalen Energiemarkts in den Jahren 2008 und 2009 ergab sich in den bilateralen Beziehungen die Chance einer pragmatischen Zusammenarbeit in den Angelegenheiten, in denen beide Länder ähnliche Interesse hatten, wobei diese gleichzeitig von den strittigen Fragen isoliert wurden. Eine solche Herangehensweise war für beide Seiten günstig, denen aus unterschiedlichen Gründen daran gelegen war, ihr internationales Ansehen zu verbessern. Gleichzeitig erlaubte ihnen dies, ihre unterschiedlichen Positionen in Fragen aufrecht zu erhalten, die offenbar dauerhaft einen Dissens hervorrufen würden. Die Intensivierung der Kontakte sollte Polen einige grundsätzliche politische und wirtschaftliche Vorteile einbringen, u. a. die Ausweitung der Handelskontakte und der beiderseitigen Investitionen sowie die Aktivierung der Grenzregionen. Außerdem ging es darum, der Weltöffentlichkeit zu bestätigen, dass Polen in der Lage ist, mit Russland sachlich zusammenzuarbeiten, was sich zugunsten einer stärkeren Position in der NATO und in der Europäischen Union auswirken sollte.

Die Verbesserung der Beziehungen zum östlichen Nachbarn wäre ohne die Veränderungen in der russischen Politik ab dem Jahr 2008 äußerst schwierig gewesen. Vorher hatten die Entscheidungsträger Russlands das Wohlergehen des Landes zu stark von der intensiven Förderung von Energierohstoffen abhängig gemacht. Infolge starker Preisschwankungen für Erdöl auf dem Weltmarkt, einer geringeren europäischen Nachfrage nach russischem Erdgas sowie der verstärkten Entwicklung von Fördermethoden für Gas aus nicht-konventionellen Quellen kamen die russischen Entscheidungsträger offenbar zu der Überzeugung, dass die bisherige Politik gegenüber dem Westen, Primärrohstoffe anzubieten, keinen Bestand haben würde. Die von Moskau aufgebauten strategischen Energiepartnerschaften mit ausgewählten europäischen Hauptstädten begannen infolge der sich ändernden Bedingungen auf dem Rohstoffmarkt und der wachsenden Finanzkrise eine geringere Rolle zu spielen, und die bisherigen Partner in Berlin, Paris und Rom, die sich nun stärker auf die inneren Probleme der Europäischen Union konzentrierten, waren nicht mehr so sehr an engen Beziehungen mit dem Kreml interessiert. Für die anderen großen europäischen Staaten, mit denen Russland nicht so enge Kontakte wie mit Deutschland, Frankreich und Italien unterhielt, ergab sich die Chance, in eine neue Etappe der Zusammenarbeit einzutreten.

Eine Belebung der polnisch-russischen Kontakte auf höchster Ebene wurde durch den lang erwarteten Besuch des russischen Ministerpräsidenten Wladimir Putin in Polen im September 2009 eingeleitet. Im selben Jahr wurde auch nach einer mehrjährigen Pause die Tätigkeit des Komitees für die Strategie der polnisch-russischen Zusammenarbeit wieder aufgenommen, in dem unter dem Vorsitz der Außenminister Vertreter verschiedener Ressorts aus beiden Ländern beraten. Darüber hinaus wurden die jährlichen Beratungen der Polnisch-Russischen Regierungskommission für Wirtschaftliche Zusammenarbeit reaktiviert, die von den Ministern für Infrastruktur und Transport geleitet werden. Ebenso wurde der Dialog auf der Ebene der Parlamente und der Selbstverwaltungen intensiviert, u. a. indem das erste Polnisch-Russische Forum der Regionen organisiert wurde. Die römisch-katholische Kirche in Polen und die russisch-orthodoxe Kirche nahmen die Arbeit an einer gemeinsamen Botschaft an die polnische und russische Nation auf.

Anfang 2010 nahm die Intensivierung des politischen Dialogs ihren Fortgang. Viele Hoffnungen verbanden sich damit, dass Donald Tusk von Wladimir Putin eingeladen wurde, an der Gedenkfeier zum Jahrestag des Verbrechens von Katyn am 7. April teilzunehmen. Man rechnete damit, dass die Anwesenheit des russischen Ministerpräsidenten in Katyn zur Wiederaufnahme der Untersuchungen durch die russische Staatsanwaltschaft und die juristische Rehabilitierung der Opfer beitragen würde, sowie dazu, dass alle Akten der russischen Untersuchungen aus den Jahren 1990 bis 2004 von der Geheimhaltung befreit und der polnischen Seite zugänglich gemacht würden, was die Identifizierung von noch nicht bekannten Orten des Massakers erlauben würde. In seiner Rede stellte Putin den verbrecherischen Charakter des kommunistischen Totalitarismus heraus, der vor dem Leben von Hunderttausenden Menschen nicht haltgemacht hatte, ohne Rücksicht auf Nationalität, Überzeugungen und Religion. Diese wichtigen Worte des russischen Ministerpräsidenten, die allerdings auf viel größere Aufmerksamkeit in den polnischen als in den russischen Medien stießen, verurteilten eindeutig jegliche Versuche, die Zeit des Stalinismus und des kommunistischen Systems zu glorifizieren, die in der russischen Öffentlichkeit unternommen wurden. Andererseits übergang Putin die Frage nach der rechtlichen Verantwortung Russlands für das Verbrechen von Katyn und verwies stattdessen auf den angeblichen Versuch, die ganze Nation mit dieser Schuld zu belasten. Ein konkretes Ergebnis des Treffens der beiden Regierungschefs war der Beschluss, in beiden Ländern eine staatliche Institution zu gründen, deren gesellschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Tätigkeit sich auf

die Annäherung und das gegenseitige Verständnis beider Nationen konzentrieren sollte.

Die Folgen der Katastrophe für die Entwicklung der Beziehungen

Der Flugzeugabsturz der polnischen Präsidentenmaschine am 10. April 2010 hatte zur Folge, dass sich die polnische und die russische Gesellschaft in gemeinsamer Trauer verbanden. Staatspräsident Dimitri Medwedjew wandte sich am selben Tag mit einer Botschaft an die polnische Nation, in der er tiefes Mitgefühl zum Ausdruck brachte und die Anordnung einer Staatstrauer ankündigte. Diese Geste war deshalb etwas Besonderes, weil die politisch Verantwortlichen Russlands zuvor nie Staatstrauer wegen des Todes von Bürgern anderer Staaten angeordnet hatten. Einen Tag später wurde im russischen Fernsehen in der Hauptsendezeit der Film »Katyn« des polnischen Regisseurs Andrzej Wajda ausgestrahlt; dieser hatte vorher keine Verbreitung in den russischen Kinos gefunden, sieht man von den wenigen geschlossenen Vorstellungen ab, die von polnischen staatlichen Institutionen in Russland organisiert worden waren.

Die Atmosphäre der gemeinsam erlebten Tragödie und die vielen Zeichen von tiefer Anteilnahme und Sympathie, die Russen Polen entgegenbrachten, nährten die Hoffnung auf eine Annäherung beider Nationen und die Versöhnung in Sachen Katyn. Das Verhalten der politisch Verantwortlichen Russlands zeugte einerseits von dem Wunsch, die Angelegenheit Katyn abzuschließen und die Beziehungen zu Polen zu verbessern, andererseits wich die russische Führung nicht grundlegend von der bisher verfolgten Linie ab, die juristische Rehabilitation der polnischen Opfer abzulehnen. Zu den positiven Aspekten gehört der Beschluss der ersten Kammer des russischen Parlaments vom 26. November 2010, in der das Verbrechen von Katyn verurteilt wurde und Josef Stalin und andere sowjetische Führer als Verantwortliche benannt wurden. In diesem Beschluss steht aber auch, dass die Geschichte selbst die Opfer des Verbrechens von Katyn rehabilitiert habe, und zwar in Gestalt der sowjetischen Soldaten, die in Polen gefallen waren, als sie es von den Nationalsozialisten befreiten. Dies bedeutet, dass die russische Seite keine Notwendigkeit sieht, die Opfer juristisch zu rehabilitieren, was die polnische Seite aber seit Jahren fordert. Die Oberste Militärstaatsanwaltschaft der Russländischen Föderation, die keine Wiederaufnahme der Untersuchung will, behandelt das Verbrechen von Katyn immer noch als gewöhnliches Verbrechen und nicht als ein Kriegsverbrechen, das keiner Verjährung unterliegt. Hinzu kommt, dass die Verantwortlichen nicht alle Untersuchungsakten zu Katyn und auch nicht die Kopien des streng geheimen Beschlusses über das Einfrieren der Untersuchung

aus dem Jahr 2004 der polnischen Seite zur Verfügung gestellt haben.

Ähnliche Probleme bestehen in den polnisch-russischen Beziehungen im Zusammenhang mit der Untersuchung der Ursachen für den Flugzeugabsturz von Smolensk. Trotz einer Erklärung über enge Zusammenarbeit mit der polnischen Seite hat Russland bisher viele wichtige Dokumente zu den russischen Flugabläufen und dem Smolensker Flughafen und dessen Flugsicherung nicht zugänglich gemacht und auch das Flugzeugwrack und die Flugschreiber als Hauptbeweismittel nicht übergeben. Viele Kontroversen rief auch eine Pressekonferenz des Zwischenstaatlichen Flugausschusses (russ. MAK) Anfang 2011 hervor, der ein Exekutivorgan der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) ist. Vorgestellt wurden dort die Ergebnisse des Abschlussberichts von MAK zur Flugzeugkatastrophe. Der Bericht stellte eine Reihe von Faktoren auf der polnischen Seite dar, die zu dem Absturz beigetragen hatten, nannte aber keinen Faktor, der auf eine russische Mitverantwortung hinweisen würde. Darüber hinaus war auf der Konferenz kein Repräsentant Polens zugegen, und die vorher von polnischer Seite übermittelten Anmerkungen zum Abschlussbericht wurden während der Pressekonferenz nicht vorgestellt, obgleich sie einen integralen Bestandteil des Berichts darstellten. Sie wurden lediglich in polnischer Sprache auf den Internetseiten von MAK veröffentlicht.

Die zunehmenden Unterschiede bei der Bewertung der Verbrechen von Katyn und des Flugzeugunglücks von Smolensk hemmten aber nicht den Prozess einer Normalisierung der bilateralen Kontakte. Sowohl der polnischen als auch der russischen Regierung lag an der Fortsetzung des politischen Dialogs, vor allem mit dem Ziel, die eigene Position in den Beziehungen zu anderen Staaten zu stärken. Anfang September 2010 nahm der russische Außenminister Sergej Lawrow an den jährlichen Beratungen der polnischen Botschafter [im Warschauer Außenministerium – d. Red.] teil, was die internationale Öffentlichkeit vom wachsenden Vertrauen zwischen Polen und Russland überzeugen sollte. Im Mai 2011 trafen sich die Außenminister Polens, Russlands und Deutschlands in Kaliningrad, um u. a. die aktuellen Herausforderungen, die vor der Zusammenarbeit Russland – EU im Energiesektor standen, die Aufhebung der Visumpflicht zwischen Russland und der EU und die Probleme des Funktionierens der Demokratie und der Einhaltung der Menschenrechte in Belarus zu diskutieren. Ein ähnliches Treffen im Rahmen des sogenannten Kaliningrader Dreiecks fand 2012 in Berlin statt.

Die Intensivierung der polnisch-russischen politischen Beziehungen, deren Dynamik nach dem Flugzeugunglück von Smolensk ungebrochen blieb, über-

trug sich nur in geringem Maß auf die Partnerschaft zwischen Russland und der Europäischen Union, ein neues Abkommen auszuhandeln, das das 1994 unterzeichnete »Partnerschafts- und Kooperationsabkommen« ersetzen und inhaltlich erweitern soll, und die jährlichen Berichte der Europäischen Kommission, die die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland im Rahmen der sogenannten vier gemeinsamen Bereiche bewerten, informieren seit einigen Jahren über einen Mangel an konkreten Errungenschaften. Ebenso schwierig ist es, über irgendeinen Einfluss des polnisch-russischen Dialogs auf die Lösung von Schlüsselfragen im Verhältnis NATO – Russland zu sprechen. Immer noch ohne eine klare Antwort bleibt die Frage der Errichtung eines Antiraketenschildes, der Zukunft der Arsenale von taktischen Kernwaffen in Europa und der Kontrolle der konventionellen Rüstung. Dank der polnisch-russischen Annäherung gelang allerdings eine teilweise Liberalisierung der Visumpflicht zwischen der EU und Russland, doch lässt sich schwerlich von irgendeinem Einfluss der Flugzeugkatastrophe auf diese Entscheidung sprechen. Im Dezember 2011, gegen Ablauf des polnischen Vorsitzes der EU-Ratspräsidentschaft, konnte Polen die Europäische Kommission und die Mitgliedsländer überzeugen, die EU-Regulierung des »kleinen Grenzverkehrs« auf das gesamte Gebiet Kaliningrad und die entsprechenden Gebiete auf der polnischen Seite, die Woiwodschaften Pommern (*województwo pomorskie*) und Ermland-Masuren (*woj. warmińsko-mazurskie*) auszuweiten.

Die Katastrophe von Smolensk rief auch keine Veränderung in der bisherigen Politik Polens und Russlands gegenüber den gemeinsamen Nachbarn hervor. Die russische Führung ist der NATO-Osterweiterung gegenüber immer noch negativ eingestellt und strebt eine Schwächung der Position der neuen Mitglieder an. Sie zeigt eine weitreichende Skepsis, was die Bemühungen der EU um die Integration ihrer östlichen Partner (Ukraine, Moldawien, Georgien, Aserbaidschan, Armenien und Belarus) anbelangt, die darauf zielen, Assoziierungsabkommen zu unterzeichnen und Freihandelszonen einzurichten. Russland entwickelt verstärkt Konkurrenzprojekte zur Integration im Rahmen der GUS, beispielsweise eine Zollunion, um die Liberalisierung des Handels zu kontrollieren und dabei die Position einzelner postsowjetischer Staaten von sich abhängig zu machen. Die polnische Regierung wiederum scheint vor wie nach der Flugzeugkatastrophe gleichermaßen stark dahin zu zielen, die Staaten der Östlichen Partnerschaft der Europäischen Union anzunähern. Zwei Jahre nach dem Gründungsgipfel der Partnerschaft in Prag kam es auf polnische Initiative zu einem weiteren Gipfeltreffen zwischen der EU und den Partnerländern, und es began-

nen die Verhandlungen über ein Abkommen über komplexe Freihandelszonen mit Moldawien und Georgien. Aufgrund der sich verschlechternden politischen Lage in der Ukraine, die vor allem auf die Inhaftierung der Oppositionsführerin Julia Timoschenko zurückzuführen ist, ist es bisher allerdings nicht gelungen, das Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine zu unterzeichnen.

Veränderungen in der gegenseitigen Wahrnehmung

Die Katastrophe von Smolensk war ein Ereignis, das von den polnischen und russischen Medien breit kommentiert wurde und in beiden Gesellschaften starke Emotionen hervorrief. Dies zeigten auch die spontanen und massenhaften Blumenniederlegungen oder das Aufstellen von Kerzen vor dem Präsidentenpalast in Warschau sowie auch in Russland vor der Botschaft der Republik Polen und am Ort des Unglücks. Ganz offensichtlich glaubte man, dass das tragische Ereignis wesentlichen Einfluss auf die zukünftige gegenseitige Wahrnehmung von Polen und Russen haben würde, sei es, dass es zu einem größeren Verständnis und zur Vergebung der auf beiden Seiten bestehenden Schuld führen würde oder aber zu einem größeren Misstrauen und weiteren Anschuldigungen. Die Ergebnisse der ersten Meinungsumfragen nach der Tragödie von Smolensk zeigen, dass das Unglück nicht zu der erwarteten Polarisierung geführt hat und sein Einfluss auf eine Veränderung der gegenseitigen Wahrnehmung nur begrenzt war.

Auf der Grundlage regelmäßiger Untersuchungen der öffentlichen Meinungen lässt sich feststellen, dass sich die beiden Nationen vor dem Beitritt Polens zur NATO und zur EU extrem unterschiedlich einschätzten. Während die Russen die Polen immer noch durch das Prisma des ehemaligen Verbündeten aus der Zeit des Kalten Krieges betrachteten und ihnen deutlich große Sympathien entgegenbrachten, dominierte unter den Polen eine negative Bewertung der Russen, die häufig mit kommunistischen Repressionen und eingeschränkter Souveränität identifiziert wurden. Im Laufe der Zeit begannen sich die Unterschiede in der gegenseitigen Wahrnehmung anzugleichen. Einen entscheidenden Einfluss auf Veränderungen des Images hatten der Beitritt Polens zur EU und die polnische Unterstützung für die Ukraine in der Zeit des demokratischen Wandels und der sogenannten Orangen Revolution. Seitdem lässt sich in der polnischen Gesellschaft eine schrittweise Verbesserung der Einstellung gegenüber den Russen wahrnehmen, während in der russischen Gesellschaft die Antipathie gegenüber den Polen stieg.

Die Verbesserung der politischen Kontakte seit 2008 verbesserte nur unwesentlich die Einstellung bei-

der Gesellschaften zueinander. In Polen überwogen zum ersten Mal seit dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems positive und nicht negative Meinungen über die Russen unter den Befragten. Große Anstrengungen, die negativen Stereotype zu durchbrechen, unternehmen die Oberhäupter der katholischen und der russisch-orthodoxen Kirche, die während einer Pilgerreise des Moskauer Patriarchen Kyrill I. nach Polen im August 2012 einen gemeinsamen Appell zu gegenseitigem Verständnis und zur Versöhnung der Nationen veröffentlichten.

Ungelöste Probleme in den wirtschaftlichen Beziehungen

Die nach der Katastrophe von Smolensk fortgesetzte Normalisierung der politischen Beziehungen zwischen Polen und Russland führte zu keinem wesentlichen Wachstum des bilateralen Handels. Zwar gelang es den polnischen Firmen, die negativen Folgen des wirtschaftlichen Einbruchs in Russland im Jahr 2009 zu überwinden, aber der Anstieg des Handelsumsatzes zwischen Polen und Russland in den folgenden Jahren war mit dem Anstieg zwischen Russland und anderen Ländern vergleichbar. Für Russland steht Polen nach Deutschland, den Niederlanden, Italien und Frankreich weiterhin auf Platz fünf der EU-Handelspartner; Russland steht an dritter Stelle der polnischen Handelspartner. Trotz einer negativen Handelsbilanz – der Import aus Russland ist fast dreimal so hoch wie der Export nach Russland – pflegt Polen, ähnlich wie andere EU-Länder, eine vorteilhafte Handelsstruktur mit seinem östlichen Nachbarn: Importiert werden hauptsächlich Rohstoffe, das heißt Erdgas und Erdöl, exportiert werden hochwertig verarbeitete Waren.

Trotz der Verbesserung der politischen Beziehungen zu Russland ist es Polen bisher nicht gelungen, die Handelsbedingungen für Energierohstofflieferungen zu verbessern. Seit dem Kauf der Erdölraffinerie in Mozejki (Litauen) durch den polnischen Erdölkonzern PKN Orlen im Jahr 2006 wird die Raffinerie nicht mehr von den russischen Ölkonzernen beliefert. Diese transportieren kein Erdöl mehr über den nördlichen Abschnitt des Pipelinesystems »Druschba«, sondern wählen den Transport über den Seeweg und nutzen die Ostseehäfen in Primorsk (bei Kaliningrad) und Būtingė (Litauen). Obgleich es aufgrund des Geschäftsgeheimnisses schwierig ist, die zusätzlichen Kosten für PKN Orlen zu schätzen, die sich durch die Verlagerung der Lieferung auf den Seeweg ergeben, wird der polnische Konzern zweifellos Verluste verzeichnen, bedingt durch die logistischen Schwierigkeiten, die der Export von Raffinerieprodukten über überlastete litauische Erdölterminals mit sich bringt. Eine ähnliche Situation

kann eintreten, wenn der zweite Teil des »Baltic Pipeline System BTS-2« zur Nutzung freigegeben wird, was Russland in einigen Jahren erlauben wird, Erdöl über die eigenen Ostseehäfen zu verschicken und dabei die Haupttrasse des Pipelinesystem »Druschba« zu umgehen, über die die Öllieferungen unter anderem zu den polnischen Raffinerien in Danzig (Gdańsk) und Plock (Płock) erfolgen.

Die Normalisierung der politischen Beziehungen schlug sich bisher auch nicht in Form privilegierter Bedingungen für den Kauf von russischem Gas nieder, wie das in den Beziehungen Russlands zu anderen Staaten der Fall ist. Die Preisgestaltung für diesen Rohstoff hat eher damit zu tun, dass Polen die Möglichkeiten fehlen, die externen Rohstofflieferanten zu diversifizieren, als mit dem Klima zwischen Warschau und Moskau. Im Ergebnis zahlt Polen – drittgrößter Abnehmer für russisches Erdgas in der Europäischen Union – zurzeit den höchsten Preis. Trotz der Verbesserung der politischen Beziehungen auf höchster Ebene ist es dem polnischen Erdgaskonzern PGNiG nicht gelungen, einen niedrigeren Preis für russische Gaslieferungen auszuhandeln, was dagegen fünf andere europäische Firmen Anfang 2012 erreicht hatten, und zwar die deutsche Firma Wingas, die französische GdF Suez, die österreichische Ecomgas, die italienische Sinerie Italiana und die slowakische Firma SPP. Folglich zog PGNiG den russischen Konzern Gazprom vor das Schiedsgericht in Stockholm und hofft auf eine dahingehende Änderung der Preisformel, dass diese stärker mit dem Ölkurs als mit dem Gaspreis auf dem freien Markt verknüpft wird.

Fazit

Trotz des Flugzeugunglücks von Smolensk und seiner tiefen symbolischen Bedeutung beeinflusste es nur in geringem Maße die polnisch-russischen Beziehungen insgesamt. Entgegen der Erwartungen führte es zu keiner wesentlichen Veränderung in den politischen Beziehungen: Weder hielt es die vorher eingesetzte Normalisierung in den bilateralen Kontakten auf noch half es bei der Lösung von Schlüsselproblemen. Dieser begrenzte Einfluss der Katastrophe von Smolensk auf die politischen Beziehungen war zum Teil ein Ergebnis des bewussten Handelns der Regierungen beider Länder, die sich bemüht hatten, die Probleme bei der Aufklärung des Unfalls nicht mit anderen Problemen in den polnisch-russischen Beziehungen zu verknüpfen, ebenso wenig wie mit Problemen in den Beziehungen zwischen Russland und der EU bzw. der NATO. Zum Teil ergab sich der begrenzte Einfluss auch aus den aktuellen internationalen Beziehungen selbst: Die Außenpolitik wird immer stärker von innenpolitischen Problemen bestimmt, beispielsweise von dem Moder-

nisierungsdruck oder von demographischen Fakten, als von einzelnen Ereignissen in den Außenbeziehungen.

Am geringsten bestimmte die Katastrophe von Smolensk die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Russland, die mehr von globalen Trends und logistisch-infrastrukturellen Bedingungen abhängig sind als von der Chemie zwischen Regierungsvertretern. Am

stärksten müssten sich Veränderungen in der gesellschaftlichen Wahrnehmung beobachten lassen, die durch die Katastrophe selbst und durch die Art und Weise, die Aufklärung des Unglücks durchzuführen, hervorgerufen werden. Der Trend dieser Veränderungen ist jedoch noch nicht sicher abzusehen.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor

Dr. Jarosław Ćwiek-Karpowicz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaften der Universität Warschau (Instytut Nauk Politycznych, Uniwersytet Warszawski) und Koordinator des »Programms Ost- und Südosteuropa« (Program ds. Europy Wschodniej i Południowo-Wschodniej) am Polnischen Institut für Internationale Angelegenheiten (Polski Instytut Spraw Międzynarodowych), Warschau.

ANALYSE

Das Bild des Westens. Russische Ansichten zu Polen und Deutschland

Von Agnieszka Łada, Warschau, und Cornelius Ochmann, Berlin

Zusammenfassung

Das Bild des Westens in Russland verändert sich langsam, aber stetig. Das in Deutschland weit verbreitete Klischee, dass die Russen deutschlandfreundlich und polenkritisch sind, trägt nicht mehr. Die Russen sind vor allem russlandkritisch geworden und sehen die westlichen Nachbarn differenziert. Acht Jahre nach der Osterweiterung der EU sind die ersten Auswirkungen der tektonischen Veränderungen in der europäischen Kartenlandschaft auch in der russischen Gesellschaft spürbar geworden. Die Zivilgesellschaft in Russland entwickelt sich weiter. Deutschland ist für die Russen der wichtigste europäische politische und wirtschaftliche Akteur, aber Polen ist Teil des Westens geworden. Erschütterten noch 2006–7 die polnisch-russischen Konflikte die Beziehungen Russlands zur erweiterten EU, dominieren heute der steigende Handel und die steigende Aktivität der russischen Zivilgesellschaft. Die historischen Verwerfungen spielen eine wichtige Rolle bei der Gestaltung des nachbarschaftlichen Verhältnisses, aber vielmehr zählen die gegenwärtige Entwicklung und wirtschaftliche Interessen. Der Besuch des russischen Patriarchen Kyrill in Polen und der gemeinsame Brief der russisch-orthodoxen und der katholischen Kirche in Polen dokumentieren diese positive Entwicklung. Zwanzig Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion betrachtet die russische Gesellschaft die polnische und deutsche Entwicklung positiver als die im eigenen Lande.

Polen – wie das Land so die Leute?

Die primären Assoziationen der Russen zu Polen (siehe Tabelle 1 auf S. 13–14) haben nicht mit Politik (14 %) oder Geschichte (9 %) zu tun, sondern allgemein mit dem Land und seiner Bevölkerung (32 %). Erst danach denkt man beim polnischen Nachbarn an seine Wirtschaft (9 %) und Kultur (5 %). Knapp ein Viertel (24 %) der Befragten vermag auf die Frage nach Assoziationen keine Antwort zu geben, während 8 % eingestehen, überhaupt keine Vorstellungen zu Polen zu haben.

Die meisten Assoziationen deuten darauf hin, dass in der russischen Gesellschaft ein positives Erscheinungsbild Polens und seiner Einwohner herrscht. Bezüglich

der Kategorie »Land und Bevölkerung« findet man folgende Charakterisierungen: Polen ist ein direkter europäischer Nachbar sowie ein Land mit schönen Landschaften, Städten und Naturräumen, die man zu Erholungs- und Tourismuszwecken besucht. Außerdem leben in Polen schöne Frauen. Die Polen selbst gelten unter den befragten Russen als Brudervolk, die »Unseren«, »slawische Brüder« sowie als verwandte, sprachlich und mental nahestehende »befreundete Nation«. Unter den erwähnten Merkmalen finden sich zahlreiche positive Einschätzungen: gutmütige, wohlwollende Einwohner, gutes und offenherziges bzw. kultiviertes und intelligentes Volk. Abgesehen von ausgesprochen posi-

tiven Bewertungen tauchen auch neutrale Meinungen auf, wie z. B. gewöhnliches Land, Volk, Nation, einfache Menschen – sowie einige negative Konnotationen, denen zufolge die Polen ein undankbares, hochmütiges Volk sind, das sich durch Hinterlist und Boshaftigkeit auszeichnet. Unter den polnischen Städten werden vor allem Warschau und Krakau genannt, während man Polen als Nation auch mit Katholizismus und Verwandtschaftsverhältnissen assoziiert.

Die Assoziationskategorie »Politik« liegt an zweiter Stelle (14 %), ist aber nicht sehr ausdifferenziert. Es dominieren die Flugzeugkatastrophe von Smolensk und der Tod des polnischen Präsidenten Lech Kaczyński und die Person Lech Kaczyński selbst. Andere Assoziationen werden selten genannt. Unter diesen gibt es sowohl positive Äußerungen, denen zufolge Polen der ehemalige Verbündete Russlands ist, als auch negative Einschätzungen, laut derer sich Polen gegenüber Russland aggressiv und unfreundlich verhält, wobei die beiderseitigen Beziehungen angespannt seien.

Weniger, aber zumeist positive Assoziationen haben russische Bürger in Bezug auf die polnische Volkswirtschaft, die man für gut entwickelt hält (9 %). Polen gilt als wohlhabendes Land mit hohem Lebensstandard – mit Waren und Dienstleistungen hoher Qualität. Besonders gerne weisen die Befragten dabei auf Dinge hin, die mit dem äußeren Erscheinungsbild der Menschen zusammenhängen, wie z. B. Kleidung, Mode oder gute Kosmetikartikel. Polnische Erzeugnisse werden als günstig bezeichnet, wobei man auf den alltäglichen Schmuggel derartiger Waren durch »Ameisen« (*mrówki*)¹ hinweist.

Entgegen der Befürchtung, im Erscheinungsbild Polens würden historische Aspekte vorherrschen, stammen lediglich 9 % der Assoziationen russischer Bürger zum polnischen Nachbarland aus dem Bereich Geschichte. Dabei knüpft man sowohl an weit zurückliegende Jahrhunderte (russisch-polnischer Krieg, Militärintervention im 17. Jahrhundert, Iwan Susanin, Pseudo-Dimitri I., Schlacht bei Poltawa), aber auch an die jüngere Vergangenheit – Zweiter Weltkrieg – an. Dabei sind die Assoziationen sowohl positiv (gemeinsamer Kampf/Krieg 1941–1945, »Befreiung« Polens im Jahre 1945), als auch negativ (Katyn – Massenerschießungen polnischer Offiziere). Ferner wird auch daran erinnert, dass beide Staaten in der Vergangenheit zahlreiche Konflikte miteinander ausgetragen haben und verfeindet gewesen sind – wobei ein Teil des polnischen Staates einst vom Zarenreich annektiert wurde (1772–1918).

Relativ wenig verbinden russische Bürger mit der polnischen Kultur (5 %). Denn abgesehen vom »Polka«-Tanz nennen sie lediglich die Filme *Cztery pancerni i pies* [Vier Panzersoldaten und ein Hund] und *Tawerna »13 krzesel«* [Die Taverne »13 Stühle«] – und unter den bekannteren Kulturschaffenden Polens Anna German, Barbara Brylska und Fryderyk Chopin.

Diese Assoziationen offenbaren, dass Polen bzw. die polnische Nation für die heutigen Russen vor allem als recht sympathisches Nachbarland erscheint. Politische und historische Aspekte stehen eher im Hintergrund. Auch mit der polnischen Kultur weiß man oftmals – trotz der von einigen Befragten deklarierten Kenntnis polnischer Bücher oder Filme – nicht viel anzufangen.

Deutschland – das Musterland der Russen?

Die Assoziationen der Russen zu Deutschland unterscheiden sich von der Wahrnehmung Polens recht deutlich (siehe Grafik 1 auf S. 12). Denn in Bezug auf Deutschland (siehe Tabelle 2 auf S. 15–16) dominieren vor allem historische Reminiszenzen (36 %), die im Falle Polens weitaus seltener sind (9 %). Erst an zweiter Stelle denkt man bei der Bundesrepublik an Land und Bevölkerung (29 %) – übrigens ebenso häufig wie in Hinblick auf Polen. Die Befragten äußerten sich ferner erheblich öfter zur deutschen (20 %) als zur polnischen (9 %) Wirtschaft, während politische Konnotationen eher die Ausnahme bildeten (3 %). Wenn man jedoch die Flugzeugkatastrophe von Smolensk aus der Assoziationskategorie der polnischen Politik herausnimmt, bringen die russischen Respondenten auch Polen weitaus seltener mit politischen Aspekten in Verbindung. Im Gegensatz zum Stichwort »Polen« war bei der Frage nach Deutschland auch die Zahl derjenigen russischen Bürger geringer, die keine Antwort zu geben vermochten oder eingestand, keine Assoziationen zu diesem Thema zu haben (12 %).

Die am häufigsten auftauchende Kategorie von Assoziationen, die russische Bürger zu Deutschland haben, betrifft die gemeinsame Geschichte (36 %). Dabei werden vorrangig bestimmte Aspekte des Zweiten Weltkrieges genannt: »Großer Vaterländischer Krieg«/Angriff auf die UdSSR, Faschisten (Faschismus, Nationalismus), Adolf Hitler, Sieg im Jahre 1945, nahestehende Menschen, die im Krieg kämpften oder ums Leben kamen, Konzentrationslager und Kriegsfilme. Dennoch geben die Befragten aber auch Hinweise auf die jüngste deutsche Geschichte in Zusammenhang mit dem Prozess der Wiedervereinigung.

Die zweithäufigste Kategorie betrifft Assoziationen zu Deutschland als Land und Bevölkerung (29 %). Die befragten Russen nennen dabei die nach ihrer Ansicht positiven Eigenschaften der Deutschen, wie z. B. Pünktlichkeit, Präzision, Pedanterie (nicht unbedingt positiv

1 »Ameisen« – gemeint sind im beiderseitigen Grenzgebiet tätige Kleinschmuggler.

bewertet), Ordnungsliebe, Gründlichkeit, Fleiß, Sauberkeit, Disziplin oder Ehrlichkeit. Das deutsche Volk wird als weise, groß und gebildet bezeichnet. Positive Konnotationen zeigen sich in der Einschätzung Deutschlands als politisch stabiles Land mit guter medizinischer Versorgung, hoch entwickelter Demokratie und schönen Städten. Darüber hinaus tauchen neutrale Assoziationen auf, denen zufolge die Bundesrepublik ein großer europäischer Staat ist. Ferner wird Deutschland mit der Wurst, bayerischem Bier und Fußball, aber auch mit Berlin und dem Reichstag in direkte Verbindung gebracht.

Positive Assoziationen haben russische Bürger in Bezug auf die deutsche Wirtschaft (20%), der eine starke Dynamik zugeschrieben wird. Daher hält man Deutschland für ein wohlhabendes Land mit hohem Lebensstandard. Die Befragten nennen in diesem Zusammenhang auch deutsche Automarken, die gut bewertet werden. Deutschland wird ferner mit Technik und Hightech in Verbindung gebracht.

Sehr wenig weiß man indessen über die deutsche Politik zu sagen (3%). Dabei fielen die Schlagworte »freundschaftliche Beziehungen«, »Feinde« und der Name von Angela Merkel. Entgegen der weitverbreiteten Meinung, dass die Russen im Allgemeinen Deutschland und seine Kultur kennen, weckt dieses Stichwort bei den Befragten nur sehr wenige Assoziationen. Genannt werden lediglich Johann Wolfgang von Goethe, Johann Sebastian Bach und Ludwig van Beethoven sowie die Kunstgalerie Dresden.

Im Westen ist es besser als in Russland

Die befragten Russen haben eine bessere Meinung über Deutschland und Polen als über ihr eigenes Land. Besonders gut wird dabei die Bundesrepublik eingeschätzt.²

Die Bundesrepublik ist nach Ansicht der Russen ein sehr bürgerfreundlicher Staat, der sich laut 92% der Befragten um das Wohl seiner Bürger kümmert (siehe Grafik 2 auf S. 17). Gegenteilige Meinungen äußern lediglich 2% der Befragten. In den Augen der Russen ist Deutschland in ökonomischer Hinsicht ein dynamisches Land (siehe Grafik 3 auf S. 17) – 85% der russischen Bürger meinen, dass sich die deutsche Wirtschaft gut weiterentwickelt (eine andere Auffassung vertreten knapp 4%). Das positive Erscheinungsbild Deutschlands wird von der Einschätzung der Russen hinsicht-

lich des niedrigen Korruptionsniveaus unter deutschen Staatsbeamten zusätzlich gefestigt (siehe Grafik 4 auf S. 18). Denn mehr als die Hälfte der Befragten (51%) geht davon aus, dass Beamtenbestechung in der Bundesrepublik kein weitverbreitetes Problem darstellt. Anderer Auffassung ist ein geringerer Anteil der Befragten (21%). Diese Ansichten sind seit etlichen Jahren unverändert – in einer einschlägigen Meinungsumfrage von 2008 hielten Deutschland lediglich 2% der Russen für ein korruptes Land. Besonders positiv wird die Bundesrepublik von den Einwohnern Moskaus und der größten russischen Städte beurteilt. In der Hauptstadt Russlands ist man öfters als in anderen Regionen des Landes der Meinung, dass sich der deutsche Staat um seine Bürger kümmert. Größer ist auch die Zahl der befragten Moskauer, die den Entwicklungsstand der deutschen Wirtschaft für gut halten (93% im Vergleich zu 85% der Gesamtbevölkerung). Die Deutschen verkörpern also für die Russen – insbesondere für die Einwohner der größten Städte – ein Musterland an staatlicher Organisationfähigkeit und ökonomischer Funktionstüchtigkeit.

Die Ansichten der Russen zu Polen fallen im Vergleich zur Einschätzung Deutschlands weniger schmeichelhaft aus. Dennoch ist das Erscheinungsbild, das sich aus den Antworten der Befragten ergibt, insgesamt positiv. Polen wird ähnlich wie Deutschland als ein Staat wahrgenommen, der sich um seine Bürger kümmert. Diese Auffassung vertreten 67% der Befragten, 28% geben eine neutrale Antwort, während negative Meinungen sehr selten sind (5%).

Ähnlich ist die Bewertung der Volkswirtschaft Polens. Knapp die Hälfte der Befragten (46%) ist der Ansicht, dass sich diese gut weiterentwickelt – eine gegenteilige Meinung vertreten lediglich 15% der russischen Bürger. Auch in diesem Fall geben die Befragten oftmals die ausweichende Antwort »weder ja noch nein« (39%).

Vieldeutig bleibt indessen die Haltung der Russen zum Thema Korruption unter polnischen Beamten. Knapp die Hälfte der Befragten (41%) nimmt dabei eine neutrale Position ein, während 15% der Meinung sind, dass polnische Staatsbedienstete für Bestechungsgelder immun sind. 44% der russischen Bürger sind hingegen mehr oder weniger davon überzeugt (12% von ihnen sind sich ganz sicher!), dass unter polnischen Beamten im Allgemeinen Korruption herrscht. Die Frage nach der Bestechlichkeit erwies sich übrigens von allen vier Fragen über Polen als die schwierigste Thematik. Denn 47% der Russen wählten dabei die Antwort »schwer zu sagen«.

Die meisten russischen Bürger schätzen die Situation im eigenen Land sehr negativ ein. Nach Ansicht vieler Befragter kümmert sich der russische Staat nicht um das Wohl seiner Bürger. Darüber hinaus herrsche weithin

2 Um die geäußerten Ansichten zur Situation in Polen, Deutschland und Russland besser miteinander vergleichen zu können, werden in vorliegender Studie nur positive, negative oder neutrale Antworten berücksichtigt (die Antwort »schwer zu sagen« wird im weiteren Verlaufe außer Acht gelassen). Die Prozentangaben beziehen sich also lediglich auf Personen, die klare Antworten auf die ihnen gestellten Fragen gaben, wobei die Option »schwer zu sagen« nicht berücksichtigt wurde.

Korruption, wobei die Zukunftsperspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung Russlands stark beschränkt seien. Die Hälfte der Russen (46 %) meint, dass die staatlichen Machthaber für das Schicksal der Menschen im Lande keine Sorge tragen. Allenfalls jeder vierte Befragte (23 %) vertritt eine andere Auffassung. Als außerordentlich wesentliches Problem gilt hingegen die Korruption. Im Blick auf die russischen Staatsbeamten geben die Befragten eine eindeutige Antwort: Vier von fünf Russen (83 %) behaupten, dass russische Beamte bestechlich sind, während lediglich 5 % der Ansicht bestreiten, dass Korruption in ihrem Staat ein Problem darstellt.

Trotz den von der gegenwärtigen russischen Regierung in Gang gesetzten »Aufklärungskampagnen« mit dem Ziel, die eigenen Bürger davon überzeugen, dass Russland von der aktuellen Wirtschaftskrise weniger stark betroffen ist wie die nationalen Volkswirtschaften der Europäischen Union, betrachten viele Russen derartige offizielle Mitteilungen eher skeptisch. Über ein Drittel der Befragten (39 %) widerspricht der These, dass die russische Wirtschaft auf einem guten Weg in die Zukunft ist. An deren Wachstumspotential glaubt jedoch weiterhin ein Viertel der Russen (26 %). 35 % der Befragten erklären hingegen, dass sich die einheimische Volkswirtschaft weder gut noch schlecht weiterentwickelt.

Interessanterweise rekrutiert sich der größere Anteil derjenigen, die meinen, dass sich ihre Wirtschaft gut weiterentwickelt, aus den jüngsten Altersgruppen (35 % im Vergleich zum Mittelwert von 26 %). Dabei offenbaren die Bürger Moskaus die kritischste Einstellung: Nur 18 % von ihnen glauben an eine positive Weiterentwicklung der einheimischen Wirtschaft (26 % im landesweiten Durchschnitt). Zweifel hegt indessen die Hälfte aller Moskauer (39 % im landesweiten Durchschnitt). Die Einwohner Moskaus stufen auch das Korruptionsniveau der russischen Beamten besonders hoch ein (91 % – landesweiter Durchschnitt 83 %). Diese Umfrageergebnisse stehen sicherlich in Zusammenhang mit den jüngsten öffentlichen Protesten vieler Moskauer Bürger gegen die derzeitigen Machthaber im Kreml.

Russland – Polen – Deutschland

Beim vergleichenden Blick auf die Lage in den drei Staaten stellt sich heraus, dass Polen in den Augen der russischen Befragten den politisch-ökonomischen Standards in Deutschland näher steht als den gegenwärtigen Verhältnissen in Russland. Dies bestätigen die Antworten bezüglich der staatlichen Sorge um das Wohl der Bürger, aber auch die Einschätzung des Wachstumspotentials der polnischen Volkswirtschaft.

Auch das Verhältnis der Russen zu Waren polnischer Herkunft weist sicherlich darauf hin, dass Polen in der

russischen Gesellschaft zunehmend als Teil der westlichen Welt wahrgenommen wird. Denn ein Fünftel der Befragten fühlt sich durch den Hinweis, dass eine bestimmte Ware in Polen erzeugt wurde, zu deren Kauf ermuntert. Lediglich 8 % der russischen Bürger stößt eine derartige Information eher ab, während es für weit über die Hälfte der Befragten (61 %) keine Rolle spielt, ob ein im Angebot befindliches Produkt aus dem polnischen Nachbarland stammt.

Das sich aus der Umfrage ergebende Erscheinungsbild Polens in der russischen Öffentlichkeit weist trotz generell positiver Grundzüge auch einzelne Bereiche auf, in denen Warschau näher an Moskau liegt als an Berlin. Ein bezeichnendes Beispiel bildet dabei die Frage der Bestechlichkeit von Staatsbeamten. Denn nach Ansicht vieler Russen weicht die Situation in Polen von den in Deutschland herrschenden Standards deutlich ab. Die Einschätzung des Korruptionsproblems in Polen mag vielleicht mit der Wahrnehmung Polens als ehemaliges kommunistisches Land zusammenhängen, da dieses Problem in den ehemaligen Ostblockstaaten für gewöhnlich von wesentlicher Bedeutung ist. Andererseits kann Polen hinsichtlich der Lauterkeit der Staatsbeamten nur schwer mit Deutschland konkurrieren, das in den Augen der Russen ein Musterbeispiel für Beamtenethik ist und eher mit Eigenschaften wie Ordnungsliebe in Verbindung gebracht wird. Die Auffassungen der russischen Bürger über das derzeit in Polen herrschende Korruptionsniveau bleiben also recht vage. Nichtsdestotrotz schätzt man die russischen Staatsbeamten noch negativer ein.

Obwohl die russischen Bürger ihren Staat zwar überwiegend negativ bewerten, herrschen in Bezug auf die Freiheit der einheimischen Medien positivere Ansichten (siehe Grafik 5 auf S. 18). Knapp die Hälfte der Befragten (42 %) ist der Meinung, dass die Medien in Russland frei sind und die Regierung ungehindert kritisieren dürfen. Ein Drittel der Russen (32 %) hält sich in dieser Frage bedeckt, während jeder Vierte (26 %) der Auffassung ist, dass es keine freien Medien gibt. Diese Umfrageergebnisse mögen vielleicht überraschen, da in Westeuropa oftmals die Überzeugung vorherrscht, dass die russischen Medien überwiegend die Auffassungen der Regierungseliten repräsentieren.

Die positiven Einschätzungen hinsichtlich der Medienfreiheit betreffen alle drei Länder der vorliegenden Untersuchung. Im Falle Deutschlands überwiegt der prozentuale Anteil derartiger Ansichten jedoch bei weitem, während sich die Antworten in Bezug auf Polen in etwa die Waage halten: 43 % der Russen meinen, dass die Medien in diesem Land frei sind – und 46 % der Befragten reagieren auf diese Frage mit der Formel »weder ja noch nein«.

Erklären lassen sich die divergierenden Ansichten der russischen Bürger in Bezug auf den eigenen Staat und die Medienfreiheit wohl durch die unterschiedlich definierte Medienlandschaft. Denn wenn man unter dem Stichwort »Medien« nicht nur die traditionellen Massenkommunikationsmittel – also Fernsehen oder Rundfunk – versteht, sondern auch die durch das Internet zugänglichen »Neuen Medien« hinzuzählt (Nachrichtenportale, Blogs, Gesellschaftsportale, YouTube usw.), so deckt sich die Wahrnehmung der russischen Medien als unabhängige Quellen der öffentlichen Meinungsbildung mit der tatsächlichen Wirklichkeit in hohem Maße. Die Benutzung des Internets in Russland bleibt von der staatlichen Zensur nämlich weitgehend unbehelligt, so dass auf diesem Wege zahlreiche Materialien und Beiträge publik werden, die Kritik an den derzeitigen Machthabern im Kreml enthalten.

Um das Verhältnis der Russen zur Lage der Medien im eigenen Lande besser zu verstehen, muss man näher auf die Antworten der einzelnen Altersgruppen eingehen. Denn an die Unabhängigkeit der Massenmedien in Russland glaubt etwa die Hälfte der jüngsten Befragten (51 %) im Alter von 18 bis 24 Jahren. Beeinflusst wird die Meinungsbildung junger russischer Bürger in erster Linie von modernen, digitalen Informationsquellen. Diese Altersgruppe unterrichtet sich über Polen fünf Mal so häufig wie Landsleute über 54 Jahre mit Hilfe des Internets. Das Internet gilt derzeit in Russland als Kommunikationsmittel, das gegenüber staatlichen Steuerungsbestrebungen oder etwaigen Kontrollen der Regierung weiterhin die größte Immunität aufweist. Weniger Vertrauen zum Internet zeigen hingegen ältere russische Bürger (über 40 Jahre), die beinahe ausschließlich auf traditionelle Medien zurückgreifen. Die kritische Haltung dieser mittleren Altersgruppe liegt wahrscheinlich auch darin begründet, dass man die 1990er Jahre noch gut in Erinnerung hat, als noch ein gewisser Pluralismus in der traditionellen Medienlandschaft herrschte.

Auf dem Weg zu einem Dialog?

Die Aufbruchsstimmung in Teilen der russischen Gesellschaft hält an. Sie steht in direktem Zusammenhang mit der Reisefreiheit und den Erfahrungen der entstehenden Mittelschicht und der jungen Generation. In den vergangenen fünfundzwanzig Jahren hat ein großer

Teil der städtischen Gesellschaft direkte Erfahrungen im Westen sammeln können. Dies führte zu Veränderungen in der Wahrnehmung des Westens aber vor allem zu einem kritischen Blick auf das eigene Land. Zugleich sieht die russische Gesellschaft in Deutschland und Polen keine Bedrohung für das eigene Land. Vielmehr betrachtet sie die Aktivitäten der westlichen Nachbarn im postsowjetischen Raum neutral. Es gibt allerdings eine Reihe von offenen Fragen, die das russisch-polnische Verhältnis belasten. Dazu gehören historische Themen, die aber in Fachkreisen diskutiert werden sollten. Hier bietet sich eine Fortsetzung des Historiker-Dialoges an, der in den letzten Jahren gute Arbeit geleistet und eine Grundlage für die polnisch-russische Annäherung geschaffen hat. Die Flugzeugkatastrophe von Smolensk und deren Folgen haben jedoch negative Auswirkungen gehabt. Der anfänglichen Trauer und gegenseitigen Sympathiebekundungen folgte eine Welle von Verdächtigungen und Anschuldigungen seitens konservativer Kreise in Polen, die bis heute einen polnisch-russischen Dialog sehr erschwert. Die Distanzierung der katholischen Kirche von der Anschlagstheorie, die erst im Vorfeld des Patriarchenbesuches in Polen erfolgte, hegt neue Hoffnungen hinsichtlich der polnisch-russischen Kooperation.

In politischer Hinsicht stellt sich die Frage, ob eine deutsch-polnische Kooperation bei der Gestaltung einer Russland-Politik einen Nukleus europäischer Ost-Politik sein kann. Entscheidend ist hier die künftige Haltung der Bundesregierung, die Polen als zunehmend wichtiger Akteur in der EU bei der Gestaltung der Russland-Politik einbeziehen sollte. Vieles deutet darauf hin, aber eine Institutionalisierung des Prozesses steht nicht auf der Tagesordnung. Eine Analyse der deutsch-polnischen Kooperation zeigt, dass dies bisher ansatzweise in der Kooperation der Außenminister geschehen ist. Langsam entstehen auch andere, kleine trilaterale Projekte. Ihre Ergebnisse kann man aber noch nicht beurteilen. Oft ist auch das Engagement der russischen Seite eher gering. Eine Chance stellt eine Zusammenarbeit an der zivilgesellschaftlichen Ebene dar. In diesem Bereich könnte auch ein deutsch-polnisch-russischer Dialog eine symbolische Bedeutung für die weitere Entwicklung in Russland erhalten.

Lesetipp

Grzegorz Gromadzki, Jacek Kucharczyk, Agnieszka Łada, Cornelius Ochmann, Yuriy Taran, Łukasz Wenerski: Menschen – Geschichte – Politik. Russische Ansichten zu Polen und Deutschland, Warschau: Institute of Public Affairs 2012.

Über das Projekt

Der vorliegende Artikel entstand im Rahmen des Projektes: »Wahrnehmung Polens und Deutschlands in Russland«, realisiert in Zusammenarbeit mit der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit und dank der finanziellen Unter-

stützung des polnischen Außenministeriums. Die Ergebnisse des Projekts wurden in dem unter »Lesetipps« zitierten Band publiziert. Diesem Band sind Teile des vorliegenden Textes entnommen. Die Ausführungen stützen sich auf eine Repräsentativumfrage, die das Institut für Öffentliche Angelegenheiten in Warschau beim Lewada-Zentrum in Moskau in Auftrag gegeben hat. Die Erhebung wurde im Zeitraum vom 11. bis 21. November 2011 durchgeführt und erfasste einer repräsentative Auswahl von 1.591 volljährigen russischen Bürgern.

Über die Autoren

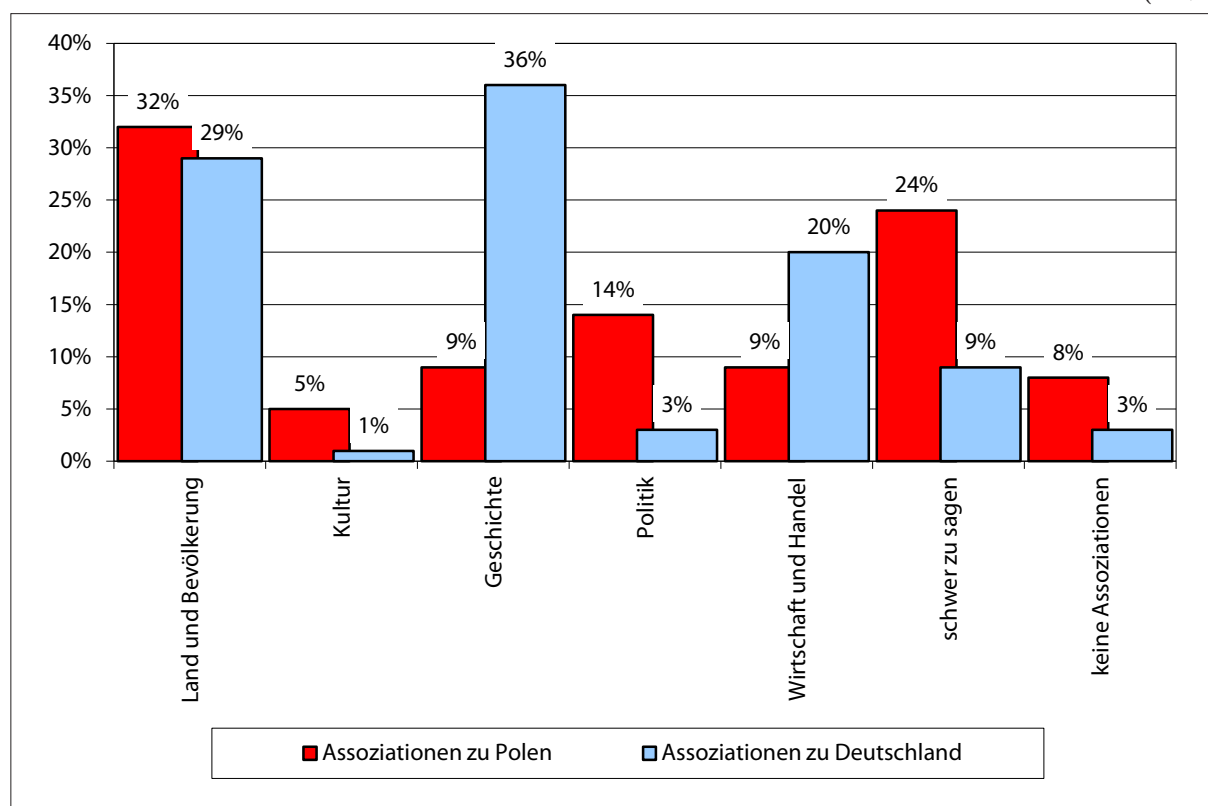
Agnieszka Łada ist Leiterin des Europa-Programms und Senior Analyst am Warschauer Institut für Öffentliche Angelegenheiten. Spezialisierung auf folgende Bereiche: EU-Institutionen, Deutschland und deutsch-polnische Beziehungen, polnische Außen- und Europapolitik, Wahrnehmung Polens im Ausland bzw. der Ausländer in Polen.

Cornelius Ochmann ist Osteuropa-Experte der Bertelsmann-Stiftung. Spezialisierung auf folgende Bereiche: Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa unter besonderer Berücksichtigung Polens und Russlands.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Der russische Blick auf Polen, Deutschland und das eigene Land

Grafik 1: Assoziationen zu Polen und Deutschland hinsichtlich einzelner Themenblöcke (in %)



Umfrage des Lewada-Zentrums Moskau im Auftrage des Warschauer Instituts für Öffentliche Angelegenheiten, 11.–21. November 2011, sample: 1.591 Personen

Tabelle 1: Assoziationen der Russen zu Polen und den Polen (in %)

Assoziationskategorien	Assoziationen	Anteil der Antworten in %
Land und Bevölkerung		31,7 %
	unmittelbarer europäischer Nachbar/europäischer Staat/«die Unseren»	6,1 %
	gewöhnliches Land/einfach ein Staat/das ist so ein Staat	3,3 %
	andere landesspezifische Eigenart	3,3 %
	Brudervolk/slawische Brüder/befreundete Nation	2,1 %
	andere Merkmale (negative)	1,7 %
	Warschau	1,6 %
	Slawen/slawisches Volk	1,5 %
	einfache Menschen	1,2 %
	Volk/Nation/Nationalität	1,2 %
	Katholiken/katholische Kirche	1,1 %
	gutmütige, wohlwollende Einwohner/gute und offenherzige Nation	1,0 %
	schöne Landschaften/schöne Städte/schöne Natur	0,9 %
	hinterlistiges Volk/boshafte Menschen/Ich traue den Polen nicht	0,8 %
	andere Merkmale (positive)	0,7 %
	schöne Frauen – Polinnen	0,7 %
	Erholung/Reisen/Tourismus/Exkursionen nach Polen	0,6 %
	andere Ereignisse	0,5 %
	sprachlich und mental nahestehende Menschen/verwandte Nation	0,5 %
	Verwandte/polnische Wurzeln	0,5 %
	kleines Land	0,4 %
	kultivierte Nation/intelligente Menschen	0,4 %
	andere	0,4 %
	andere Kultur/andere Religion/andere Mentalität	0,3 %
	Krakau	0,3 %
	hochmütige Menschen	0,3 %
	undankbares Volk	0,2 %
	Papst	0,1 %
Politik		14,0 %
	Flugzeugkatastrophe von Smolensk/Tod des polnischen Präsidenten	8,8 %
	aggressive Politik gegenüber Russland/Russen gegenüber unfreundlich gesinnt	2,1 %
	ehemaliger Verbündeter Russlands/einst befreundete Nation	1,4 %
	angespannte Beziehungen zwischen Russland und Polen	1,0 %
	NATO-Beitritt Polens	0,4 %
	Lech Kaczyński	0,3 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Assoziationen der Russen zu Polen und den Polen (in %) (Fortsetzung)

Assoziationskategorien	Assoziationen	Anteil der Antworten in %
Geschichte		8,9 %
	gemeinsamer Kampf/Krieg 1941–1945	2,4 %
	Krieg gegen Polen/Militärintervention im 17. Jahrhundert	1,4 %
	Katyn, Massenerschießungen polnischer Offiziere	0,9 %
	Verräter währen des »Großen Vaterländischen Krieges«	0,9 %
	Ivan Susanin	0,7 %
	Konflikte Russlands mit diesem Staat/unsere Feinde	0,7 %
	Adel/Adelige	0,6 %
	Warschauer Pakt	0,4 %
	Pseudodimitri I.	0,3 %
	»Befreiung« Polens im Jahre 1945	0,2 %
	Kongresspolen russisches Teilungsgebiet [1772–1918]	0,2 %
	Schlacht bei Poltawa	0,2 %
Wirtschaft, Handel		8,8 %
	aus Polen mitgeführte Dinge/»mrówki«/günstige polnische Ware	2,1 %
	Wohlstand, reiches Land/gut entwickelte Wirtschaft/hoher Lebensstandard	2,0 %
	gute Kosmetikartikel	1,2 %
	Handel	1,0 %
	Kleidung/Konsumgüterindustrie	0,9 %
	polnische Erzeugnisse sind von hoher Qualität	0,7 %
	Qualität von Waren und Dienstleistungen	0,5 %
	polnische Mode	0,3 %
	sog. »Krakauer Wurst«	0,1 %
Kultur		4,8 %
	Film Cztery pancerni i pies [Vier Panzersoldaten und ein Hund]	1,0 %
	Anna German	1,0 %
	andere polnische Filme	0,9 %
	Barbara Brylska	0,7 %
	Tanz »Polka«	0,7 %
	Fryderyk Chopin	0,3 %
	Tawerna »13 krzesel« [Die Taverne »13 Stühle«]	0,2 %
schwer zu sagen/keine Antwort		24,1 %
keine Assoziationen		7,8 %

Umfrage des Lewada-Zentrums Moskau im Auftrage des Warschauer Instituts für Öffentliche Angelegenheiten, 11.–21. November 2011, sample: 1.591 Personen

Tabelle 2: Assoziationen zu Deutschland (in %)

Assoziationskategorien	Assoziationen	Anteil der Antworten in %
Geschichte		35,7 %
	»Großer Vaterländischer Krieg«/Angriff auf die UdSSR	18,5 %
	Faschisten/Faschismus/Nationalismus	7,3 %
	Adolf Hitler	3,7 %
	Zweiter Weltkrieg	1,5 %
	Berliner Mauer/Fall der Berliner Mauer	1,4 %
	Sieg im Jahre 1945	1,4 %
	Kriegsfilme	0,6 %
	nahestehende Menschen kämpften/kamen ums Leben	0,4 %
	Vereinigung von DDR und BRD/Wiedervereinigung Deutschlands	0,4 %
	Konzentrationslager	0,3 %
	Deutsche Demokratische Republik	0,2 %
Land und Bevölkerung		29,1 %
	europäischer Staat/großer Staat/Deutschland	4,5 %
	Pünktlichkeit/Präzision/Pedanterie	2,6 %
	andere landesspezifische Eigenart	2,4 %
	mögen Ordnung	2,1 %
	bayerisches Bier/Bier	2,0 %
	große Kultur/Ausbildung	1,8 %
	andere Merkmale (positive)	1,6 %
	Gründlichkeit	1,6 %
	Berlin	1,1 %
	Fleiß	1,0 %
	andere Merkmale (negative)	0,8 %
	Stabilität	0,8 %
	Disziplin	0,8 %
	Sauberkeit	0,7 %
	großer Staat/große Nation	0,7 %
	Ehrlichkeit	0,6 %
	Fußball	0,6 %
	gute medizinische Versorgung	0,4 %
	weises Volk	0,4 %
	Sauberkeit/mögen Sauberkeit	0,4 %
	zivilisierter Staat	0,4 %
	hoch entwickelte Demokratie	0,3 %
	Verwandte	0,3 %
	schöne Städte/schönes Land	0,2 %
	deutsche Sprache/habe Deutsch in der Schule gelernt	0,2 %

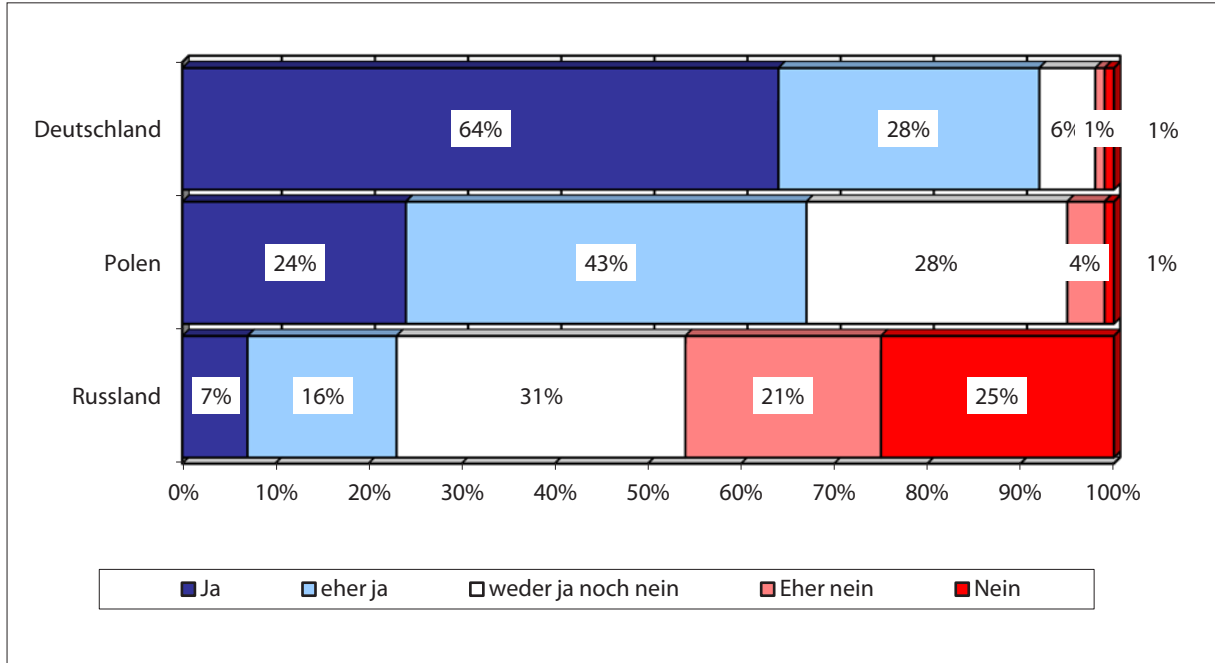
Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 2: Assoziationen zu Deutschland (in %) (Fortsetzung)

Assoziationskategorien	Assoziationen	Anteil der Antworten in %
	Bockwürste/Würste	0,2 %
	Berliner Reichstag	0,1 %
	andere	0,2 %
	andere Ereignisse	0,2 %
	anderes Verhältnis	0,1 %
Wirtschaft, Handel		20,4 %
	hohe Wirtschaftskraft/starker Staat/gut entwickeltes Land	6,7 %
	Wohlstand/reiches Land/hohes Lebensstandard	5,5 %
	PKWs von guter Qualität	3,1 %
	hochwertige Waren	2,3 %
	Mercedes	0,5 %
	Hightech-Branche	0,5 %
	Audi	0,4 %
	Technik	0,4 %
	VW	0,4 %
	Haushaltsgeräte	0,3 %
	BMW	0,3 %
Politik		3,1 %
	freundschaftliche Beziehungen	1,6 %
	Feinde	0,8 %
	Angela Merkel	0,7 %
Kultur		0,6 %
	Johann Wolfgang von Goethe	0,3 %
	Kunstgalerie Dresden	0,1 %
	Johann Sebastian Bach	0,1 %
	Ludwig van Beethoven	0,1 %
schwer zu sagen/keine Antwort		8,5 %
keine Assoziationen		2,5 %

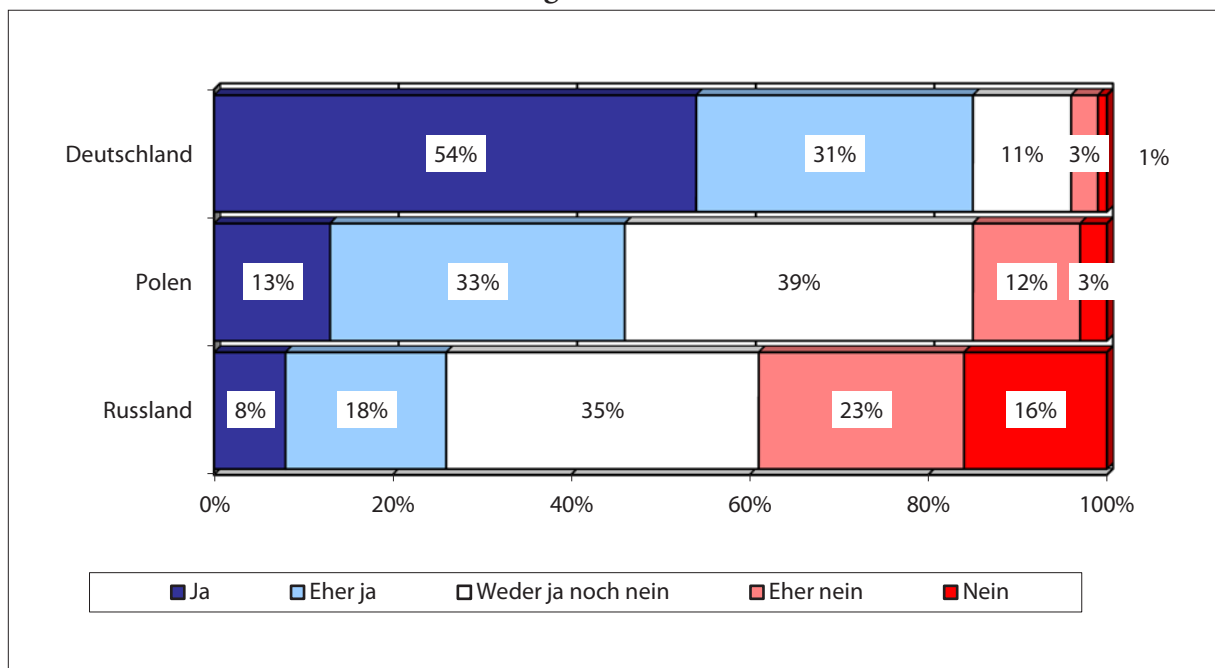
Umfrage des Lewada-Zentrums Moskau im Auftrag des Warschauer Instituts für Öffentliche Angelegenheiten, 11.–21. November 2011, sample: 1.591 Personen

Grafik 2: Kümmert sich der Staat um das Wohl seiner Bürger?



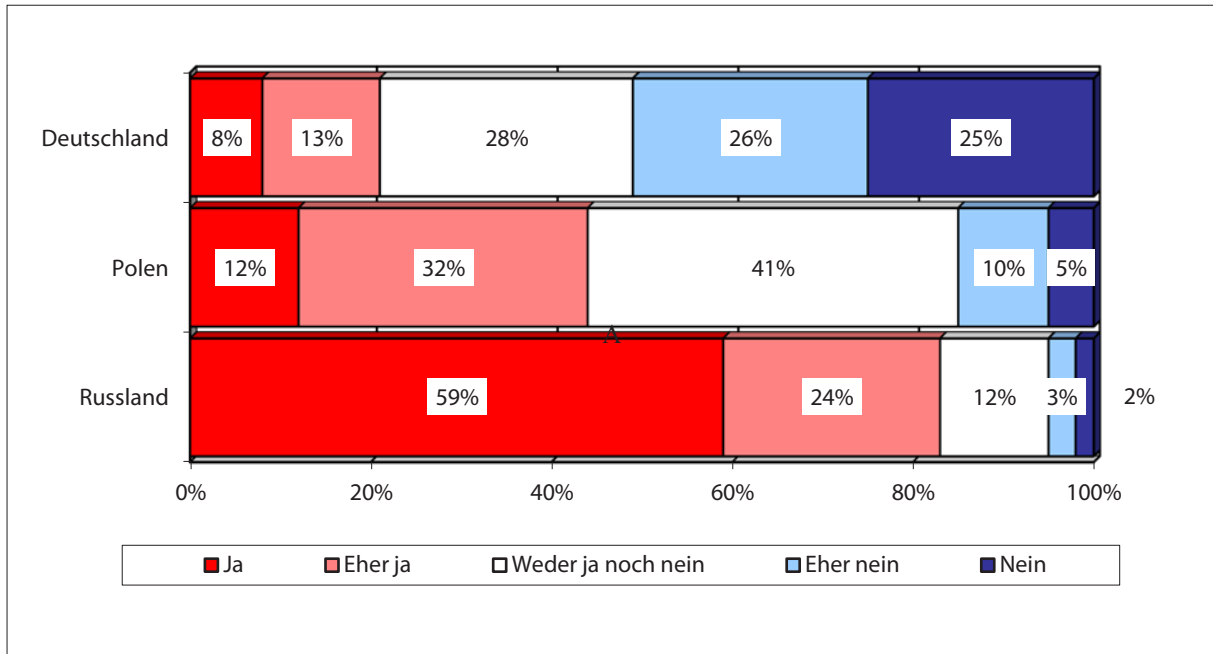
Umfrage des Lewada-Zentrums Moskau im Auftrage des Warschauer Instituts für Öffentliche Angelegenheiten, 11.–21. November 2011, sample: 1.591 Personen

Grafik 3: Entwickelt sich die Wirtschaft gut weiter?



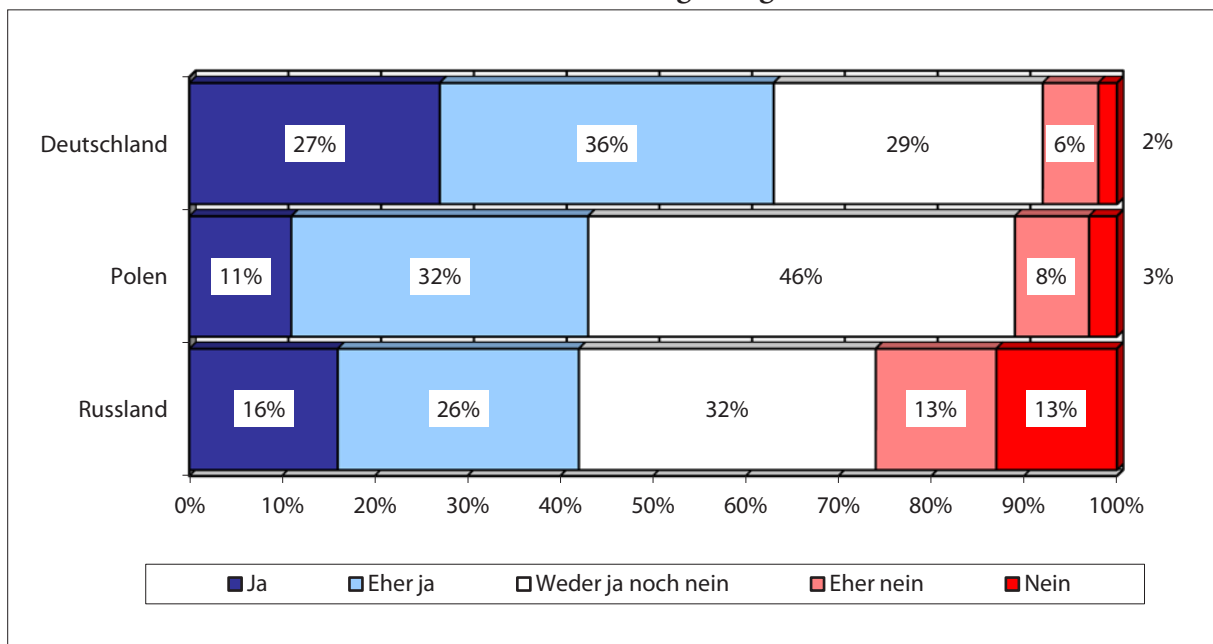
Umfrage des Lewada-Zentrums Moskau im Auftrage des Warschauer Instituts für Öffentliche Angelegenheiten, 11.–21. November 2011, sample: 1.591 Personen

Grafik 4: Sind die Beamten bestechlich?



Umfrage des Lewada-Zentrums Moskau im Auftrage des Warschauer Instituts für Öffentliche Angelegenheiten, 11.–21. November 2011, sample: 1.591 Personen

Grafik 5: Gibt es freie Medien, die Kritik an der Regierung üben dürfen?

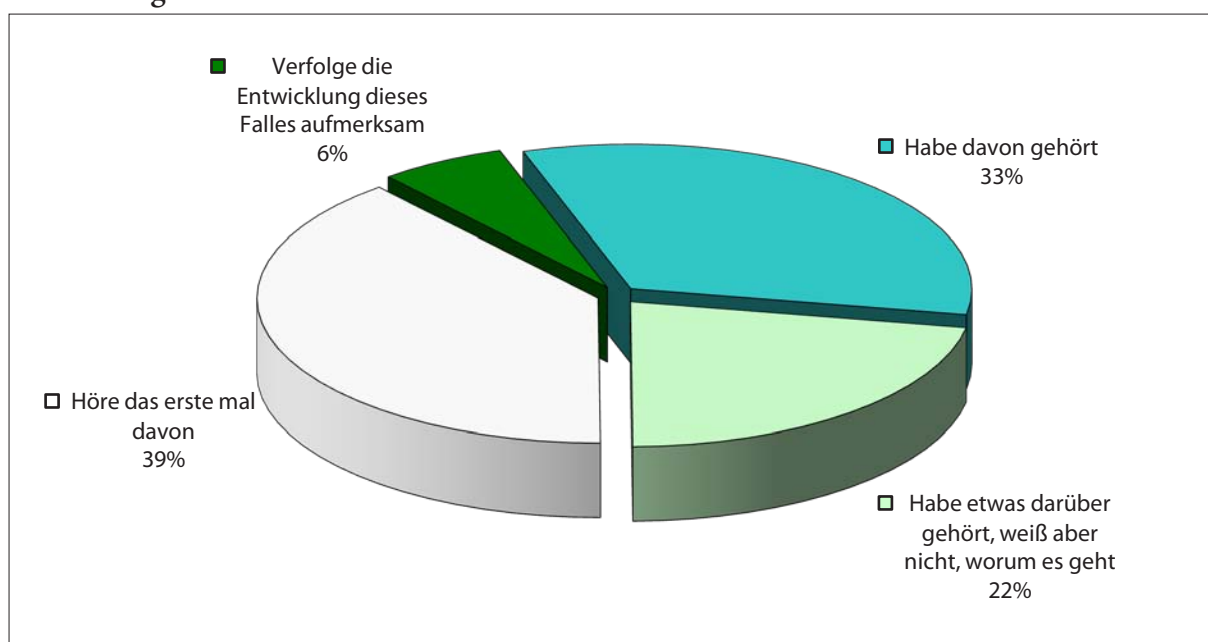


Umfrage des Lewada-Zentrums Moskau im Auftrage des Warschauer Instituts für Öffentliche Angelegenheiten, 11.–21. November 2011, sample: 1.591 Personen

UMFRAGE

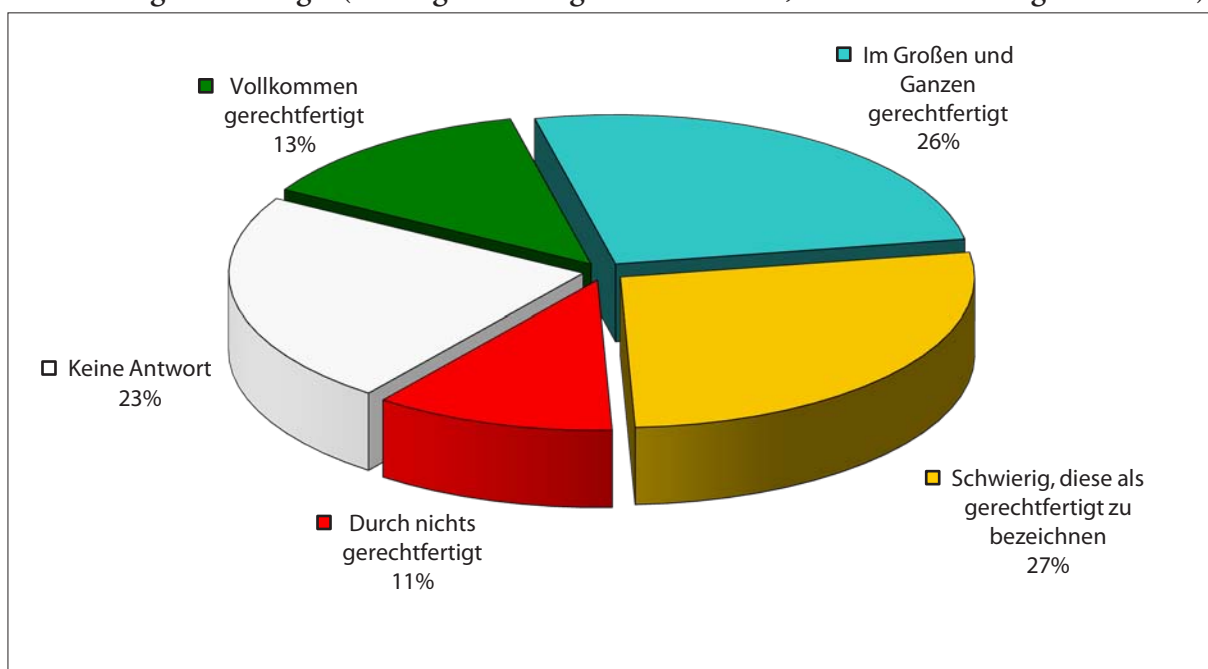
Russen über den skandalträchtigen Film »Die Unschuld der Muslime«

Grafik 6: Haben Sie von der Publikation des Films »Die Unschuld der Muslime« in den USA gehört?

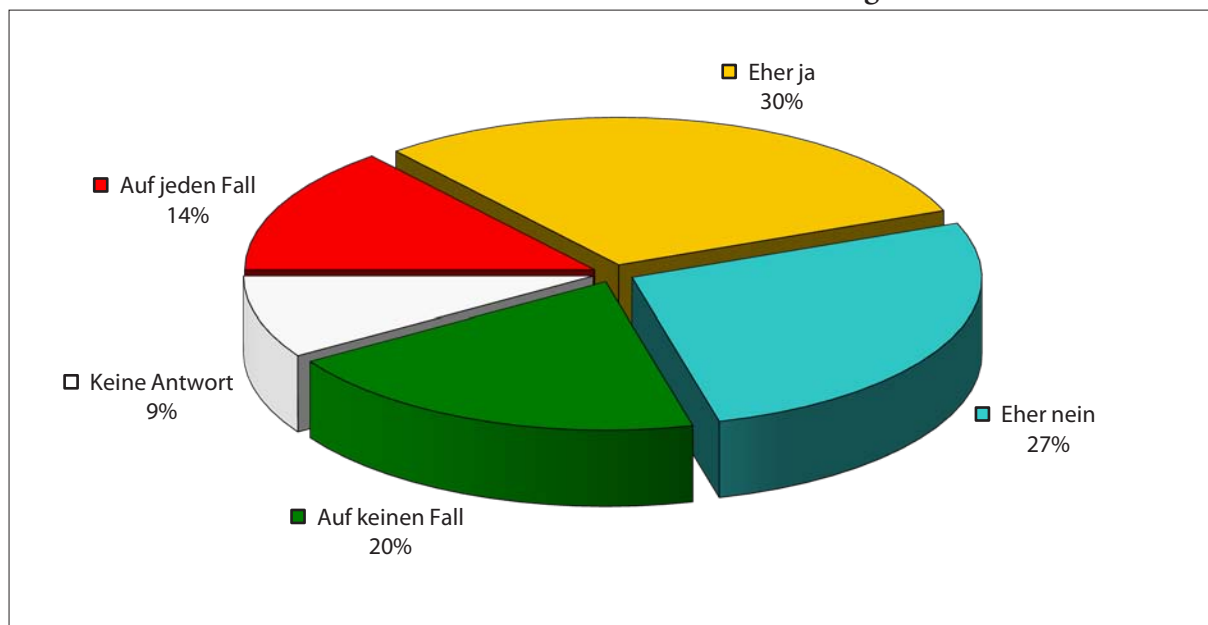


Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 21.–24. September 2012, N = 1601,
<http://www.levada.ru/print/28-09-2012/rossiyane-o-skandalnom-filme-nevinovnost-musulman>

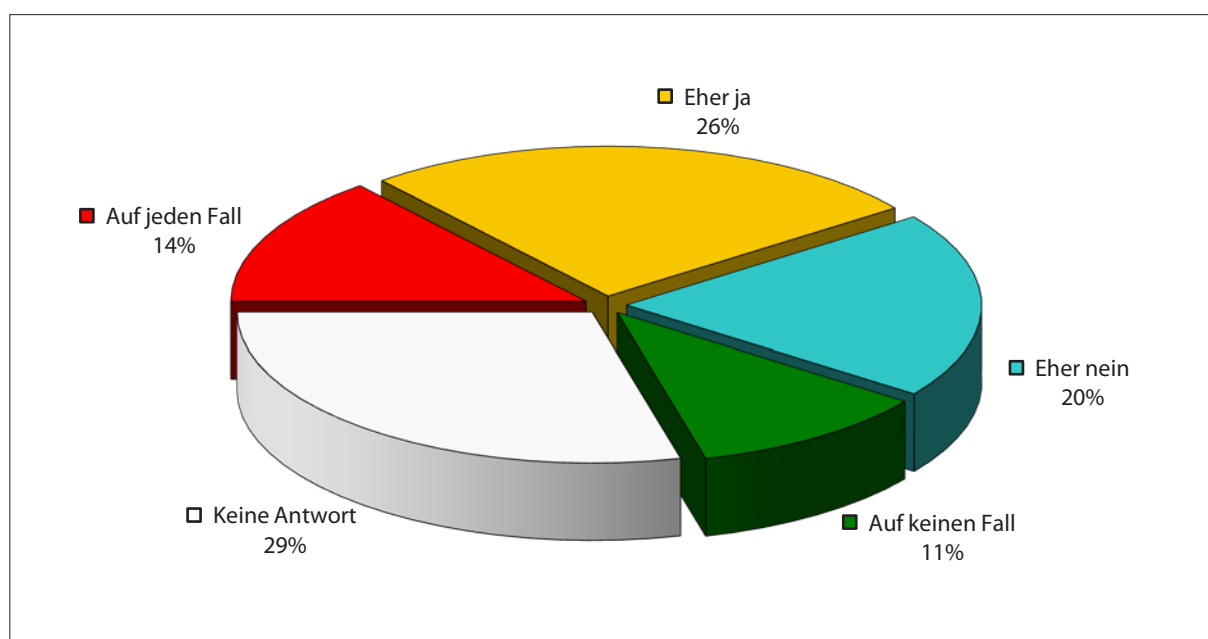
Grafik 7: Inwieweit sind die Proteste von Muslimen gegen die Veröffentlichung dieses Films gerechtfertigt? (im Folgenden Angaben in % derer, die von dem Film gehört haben)



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 21.–24. September 2012, N = 1601,
<http://www.levada.ru/print/28-09-2012/rossiyane-o-skandalnom-filme-nevinovnost-musulman>

Grafik 8: Würden Sie sich den Film »Die Unschuld der Muslime« gerne ansehen?

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 21.–24. September 2012, N = 1601,
<http://www.levada.ru/print/28-09-2012/rossiyane-o-skandalnom-filme-nevinovnost-musulman>

Grafik 9: Hat sich das Internetportals »YouTube« richtig verhalten, indem es sich mit Verweis auf die Meinungsfreiheit geweigert hat, den Trailer des Filmes von seinen Seiten zu löschen?

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 21.–24. September 2012, N = 1601,
<http://www.levada.ru/print/28-09-2012/rossiyane-o-skandalnom-filme-nevinovnost-musulman>

UMFRAGE

Rauschgift, Drogen, Steuerhinterziehung, Sexualität. Zu den Wertvorstellungen in Russland

Halten Sie den Missbrauch von Alkohol für zulässig oder nicht?		
	Dez. 2007	Aug. 2012
Moralisch zulässig	8 %	8 %
Moralisch unzulässig	73 %	64 %
Dies ist keine Frage der Moral	10 %	18 %
Hängt von den Umständen ab	7 %	7 %
Keine Antwort	3 %	3 %
Halten Sie Überernährung für moralisch zulässig oder nicht?		
	Dez. 2007	Aug. 2012
Moralisch zulässig	14 %	16 %
Moralisch unzulässig	37 %	25 %
Dies ist keine Frage der Moral	34 %	45 %
Hängt von den Umständen ab	7 %	7 %
Keine Antwort	8 %	7 %
Halten Sie Steuerhinterziehung für moralisch zulässig oder nicht?		
	Dez. 2007	Aug. 2012
Moralisch zulässig	9 %	9 %
Moralisch unzulässig	63 %	53 %
Dies ist keine Frage der Moral	12 %	24 %
Hängt von den Umständen ab	10 %	8 %
Keine Antwort	7 %	6 %
Halten Sie Glücksspiel für moralisch zulässig oder nicht?		
	Dez. 2007	Aug. 2012
Moralisch zulässig	7 %	9 %
Moralisch unzulässig	73 %	56 %
Dies ist keine Frage der Moral	13 %	24 %
Hängt von den Umständen ab	3 %	5 %
Keine Antwort	5 %	5 %
Halten Sie Cannabiskonsum für moralisch zulässig oder nicht?		
	Dez. 2007	Aug. 2012
Moralisch zulässig	3 %	5 %
Moralisch unzulässig	84 %	78 %
Dies ist keine Frage der Moral	8 %	12 %
Hängt von den Umständen ab	2 %	2 %
Keine Antwort	4 %	2 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Halten Sie Homosexualität für moralisch zulässig oder nicht?		
	Dez. 2007	Aug. 2012
Moralisch zulässig	4 %	5 %
Moralisch unzulässig	84 %	81 %
Dies ist keine Frage der Moral	5 %	7 %
Hängt von den Umständen ab	2 %	3 %
Keine Antwort	5 %	4 %
Halten Sie Polygamie für moralisch zulässig oder nicht?		
	Dez. 2007	Aug. 2012
Moralisch zulässig	7 %	6 %
Moralisch unzulässig	74 %	73 %
Dies ist keine Frage der Moral	6 %	10 %
Hängt von den Umständen ab	7 %	7 %
Keine Antwort	6 %	5 %
Halten Sie einen Seitensprung für moralisch zulässig oder nicht?		
	Dez. 2007	Aug. 2012
Moralisch zulässig	11 %	12 %
Moralisch unzulässig	62 %	58 %
Dies ist keine Frage der Moral	6 %	10 %
Hängt von den Umständen ab	16 %	14 %
Keine Antwort	5 %	7 %
Halten Sie unehelichen Sex für moralisch zulässig oder nicht?		
	Dez. 2007	Aug. 2012
Moralisch zulässig	36 %	30 %
Moralisch unzulässig	29 %	23 %
Dies ist keine Frage der Moral	10 %	15 %
Hängt von den Umständen ab	18 %	24 %
Keine Antwort	7 %	9 %
Halten Sie Scheidung für moralisch zulässig oder nicht?		
	Dez. 2007	Aug. 2012
Moralisch zulässig	34 %	33 %
Moralisch unzulässig	22 %	16 %
Dies ist keine Frage der Moral	11 %	18 %
Hängt von den Umständen ab	27 %	28 %
Keine Antwort	5 %	5 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Halten Sie Abtreibungen für moralisch zulässig oder nicht?		
	Dez. 2007	Aug. 2012
Moralisch zulässig	27 %	18 %
Moralisch unzulässig	30 %	36 %
Dies ist keine Frage der Moral	8 %	9 %
Hängt von den Umständen ab	27 %	30 %
Keine Antwort	8 %	8 %
Halten Sie eine (Not-)Lüge zum Schutz der Gefühle eines Anderen für moralisch zulässig oder nicht?		
	Dez. 2007	Aug. 2012
Moralisch zulässig	35 %	36 %
Moralisch unzulässig	23 %	16 %
Dies ist keine Frage der Moral	7 %	13 %
Hängt von den Umständen ab	27 %	28 %
Keine Antwort	9 %	7 %
Halten Sie Vorteilsannahmen/die Annahme von Bestechungsgeldern für moralisch zulässig oder nicht?		
	Dez. 2007	Aug. 2012
Moralisch zulässig	9 %	9 %
Moralisch unzulässig	62 %	63 %
Dies ist keine Frage der Moral	7 %	13 %
Hängt von den Umständen ab	13 %	9 %
Keine Antwort	9 %	6 %
Halten Sie Schmiergeldzahlungen/die Zahlung von Schmiergeld für moralisch zulässig oder nicht?		
	Dez. 2007	Aug. 2012
Moralisch zulässig	12 %	10 %
Moralisch unzulässig	54 %	56 %
Dies ist keine Frage der Moral	8 %	13 %
Hängt von den Umständen ab	17 %	15 %
Keine Antwort	9 %	6 %
Halten Sie die Todesstrafe für moralisch zulässig oder nicht?		
	Dez. 2007	Aug. 2012
Moralisch zulässig	23 %	24 %
Moralisch unzulässig	36 %	33 %
Dies ist keine Frage der Moral	7 %	12 %
Hängt von den Umständen ab	17 %	19 %
Keine Antwort	17 %	13 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Halten Sie die Euthanasie (Sterbehilfe durch Ärzte) für moralisch zulässig oder nicht?		
	Dez. 2007	Aug. 2012
Moralisch zulässig	20 %	19 %
Moralisch unzulässig	38 %	37 %
Dies ist keine Frage der Moral	5 %	9 %
Hängt von den Umständen ab	19 %	20 %
Keine Antwort	18 %	15 %
Halten Sie (medizinische) Tierversuche für moralisch zulässig oder nicht?		
	Dez. 2007	Aug. 2012
Moralisch zulässig	35 %	24 %
Moralisch unzulässig	29 %	40 %
Dies ist keine Frage der Moral	11 %	14 %
Hängt von den Umständen ab	9 %	12 %
Keine Antwort	16 %	11 %
Halten Sie medizinische Forschungen mit embryonalen Stammzellen für moralisch zulässig oder nicht?		
	Dez. 2007	Aug. 2012
Moralisch zulässig	22 %	20 %
Moralisch unzulässig	36 %	39 %
Dies ist keine Frage der Moral	9 %	11 %
Hängt von den Umständen ab	6 %	7 %
Keine Antwort	27 %	23 %
Halten Sie das Klonen von Menschen für moralisch zulässig oder nicht?		
	Dez. 2007	Aug. 2012
Moralisch zulässig	10 %	11 %
Moralisch unzulässig	53 %	58 %
Dies ist keine Frage der Moral	7 %	9 %
Hängt von den Umständen ab	6 %	6 %
Keine Antwort	25 %	16 %

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 10.–13. August 2012, N=1601,0

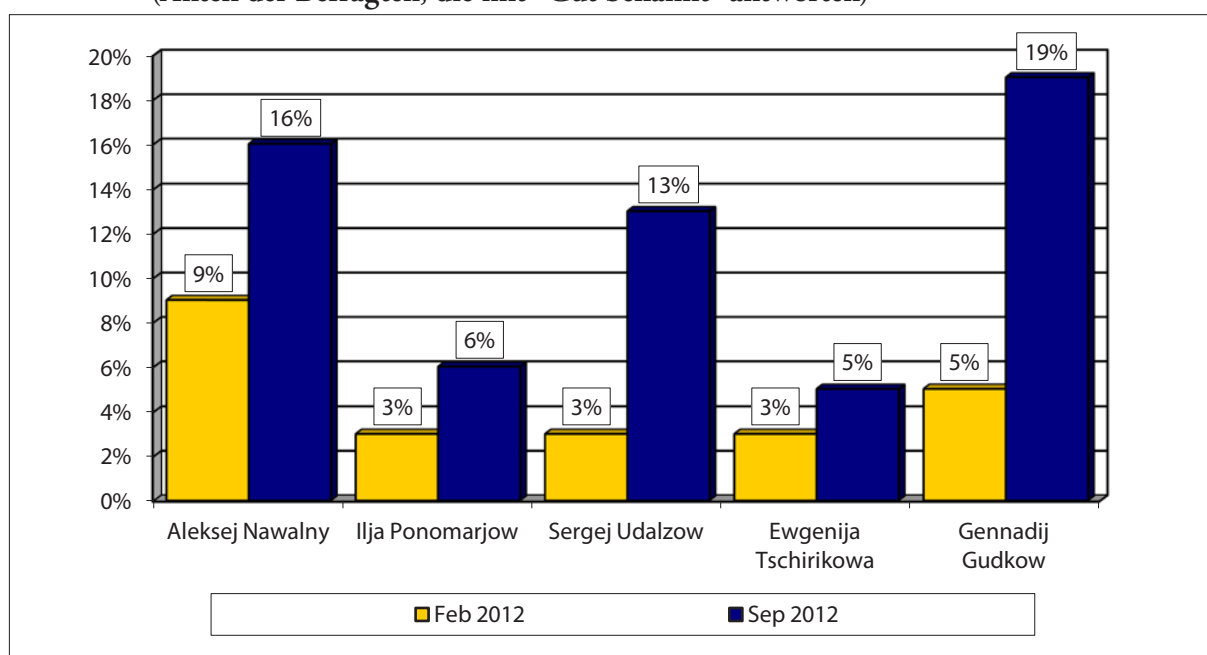
<http://www.levada.ru/print/14-09-2012/otkaz-ot-svoikh-detei-samoubiistvo-i-gomoseksualizm-moralno-nepriemlema-dlya-bolshei-chas>

UMFRAGE

Die Wahrnehmung von Oppositionspolitikern in Russland

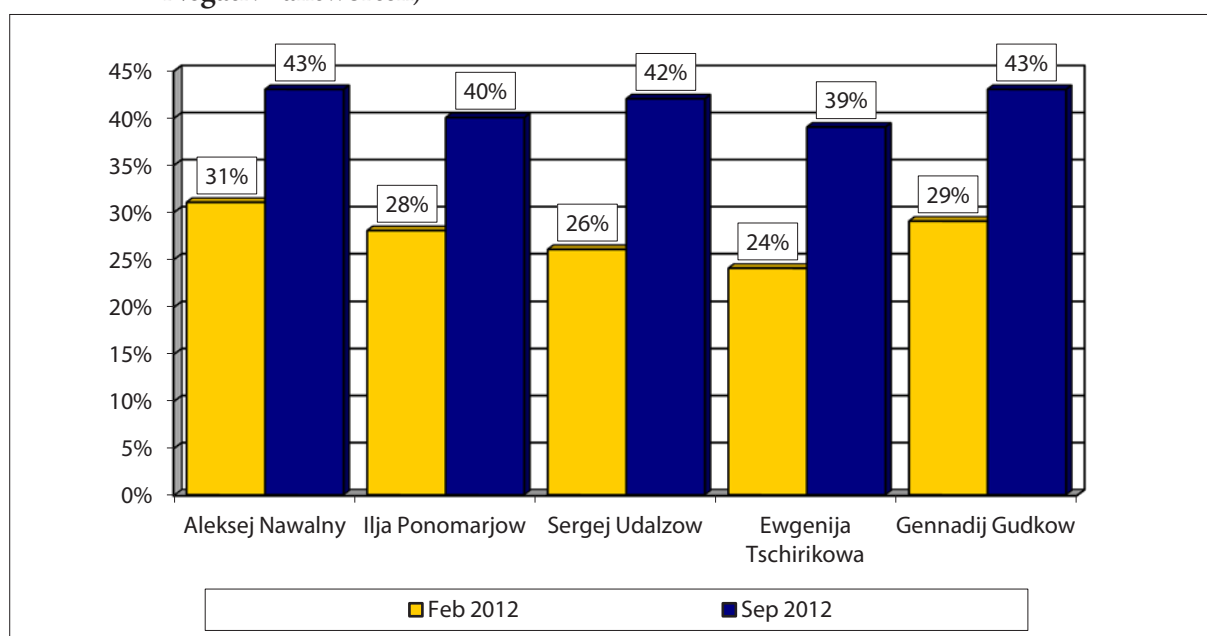
Das WZIOM: Die Anführer der außersystemischen Opposition: Zunahme der Bekanntheit und des Antiratings

Grafik 10: Welcher der folgenden Politiker und öffentlichen Aktivisten ist Ihnen bekannt? (Anteil der Befragten, die mit »Gut bekannt« antworten)



Quelle: Initiativumfragen vom WZIOM, 15.–16. September 2012, N=1600, <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=113061>

Grafik 11: Wie stehen Sie zu dieser Person, positiv oder negativ? (Anteil der Befragten, die mit »Negativ« antworten)

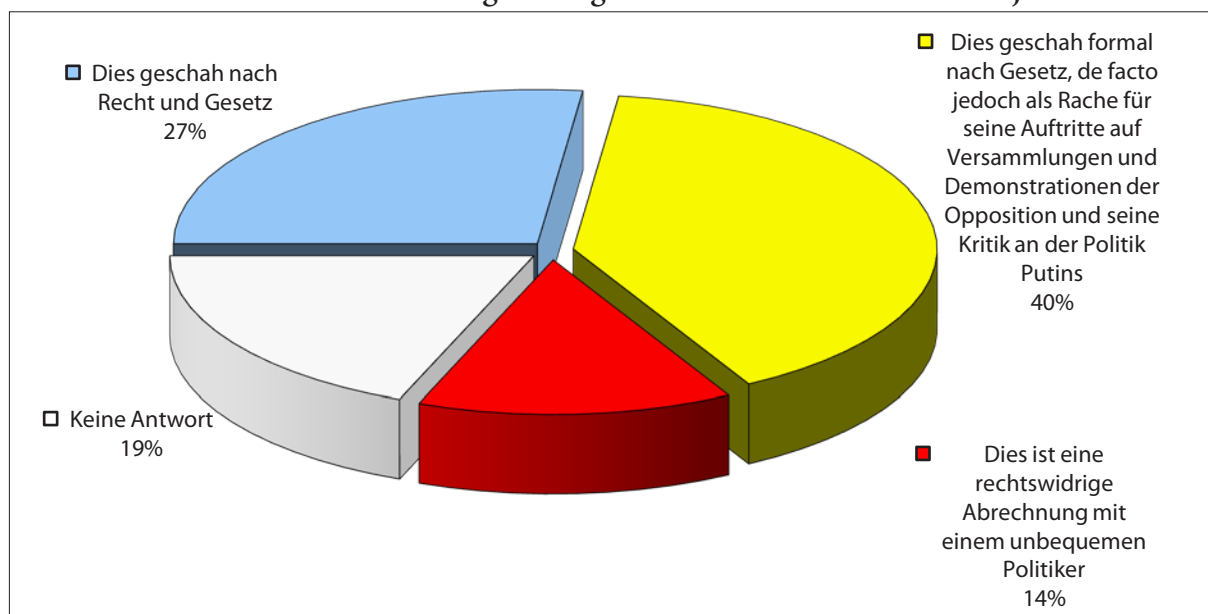


Quelle: Initiativumfragen vom WZIOM, 15.–16. September 2012, N=1600, <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=113061>

*Lewada-Zentrum:**Der Entzug des Abgeordnetenmandat von Gennadij Gudkow*

Dem Abgeordneten Gennadij Gudkow wurde sein Dumamandat mit der Begründung entzogen, er sei neben seiner Abgeordnetentätigkeit unternehmerisch tätig gewesen (vgl. Russland-Analysen 243).

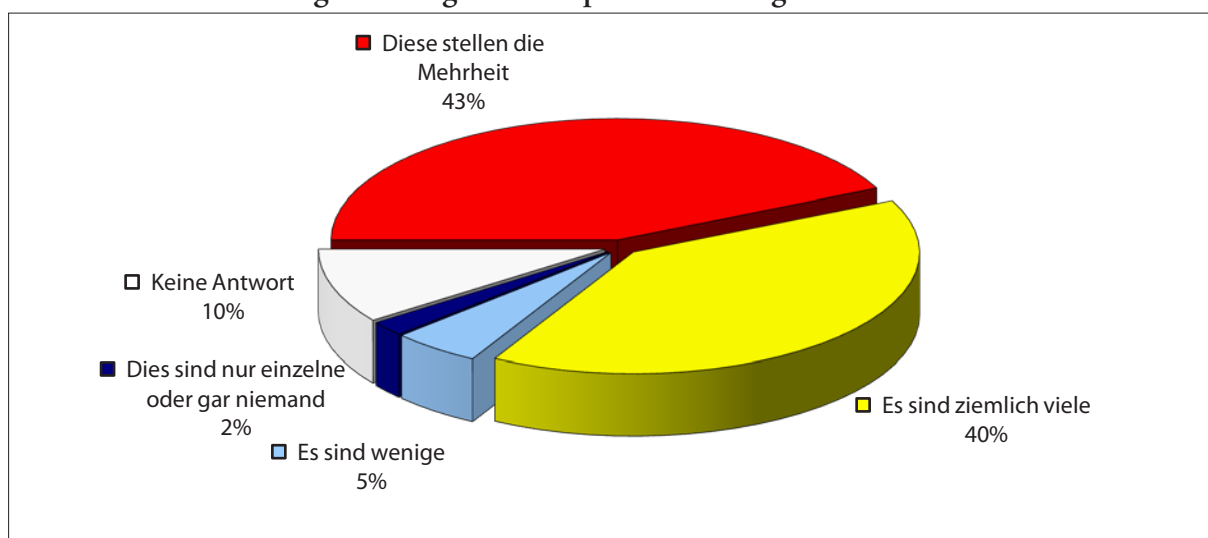
Grafik 12: Was halten Sie vom Entzug des Abgeordnetenmandats von Gennadij Gudkow?



Quelle: repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums vom 21.–24. September 2012, N=1601,

<http://www.levada.ru/print/27-09-2012/gennadiya-gudkova-lishili-mandata-nespravedlivo-za-oppozitsionnyu-deyatelnost-54-rossiya>

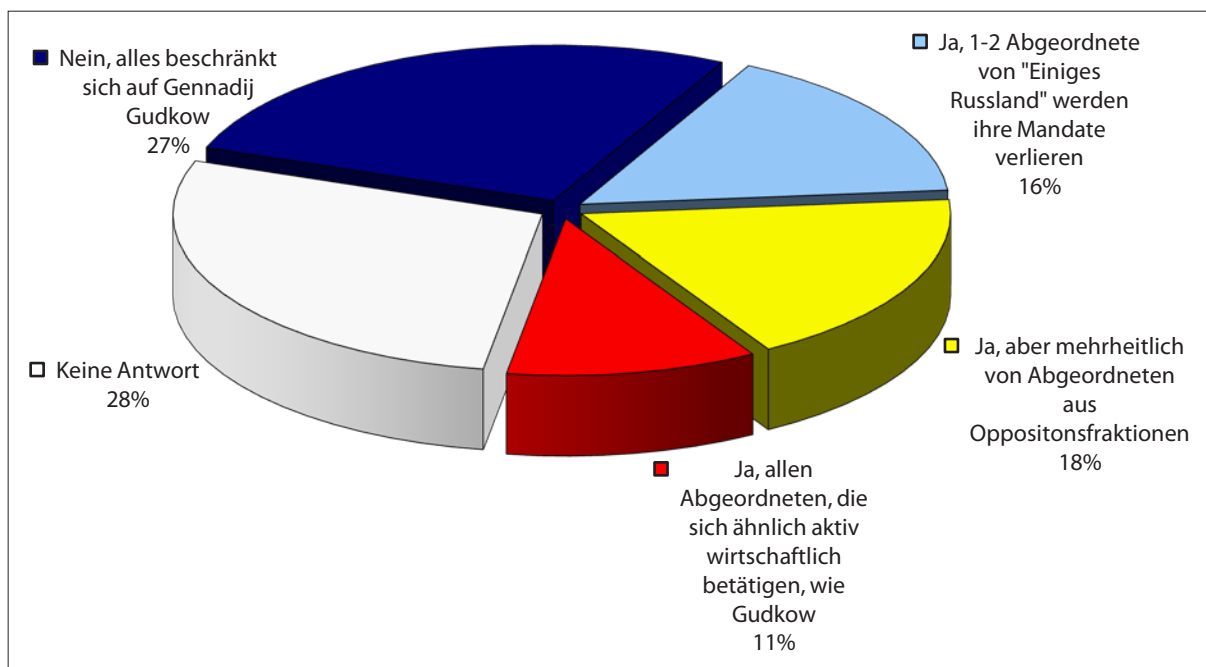
Grafik 13: Gibt es Ihrer Meinung nach in der aktuellen Duma weitere Abgeordnete, die neben der Ausübung ihrer Abgeordnetenpflichten ein eigenes Unternehmen führen?



Quelle: repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums vom 21.–24. September 2012, N=1601,

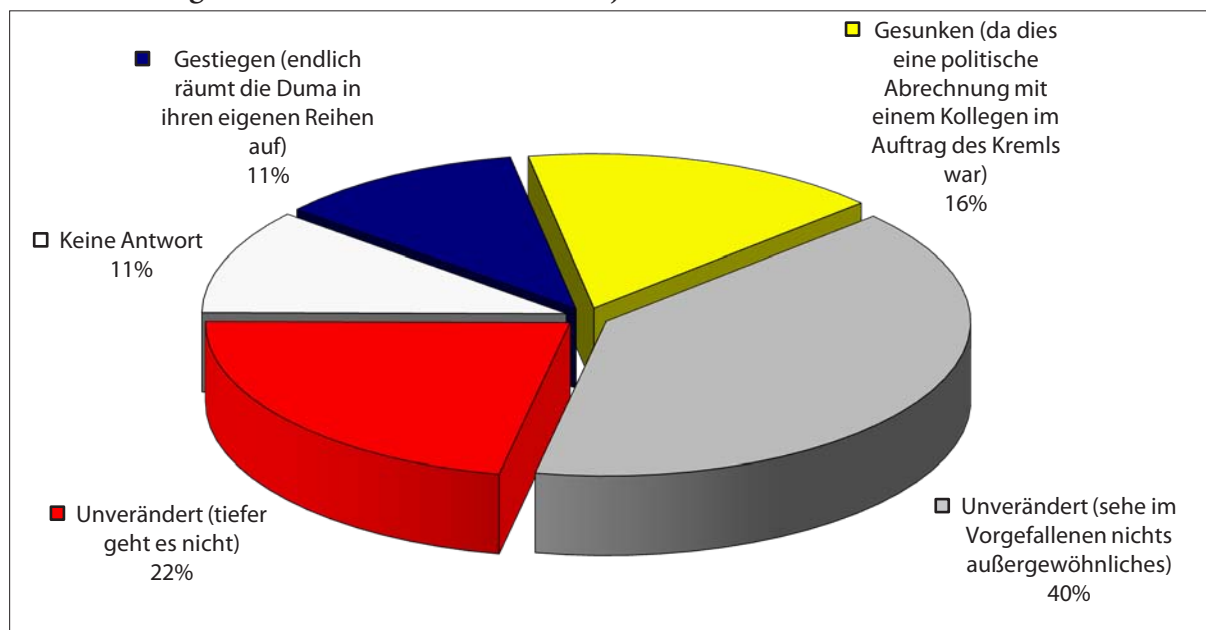
<http://www.levada.ru/print/27-09-2012/gennadiya-gudkova-lishili-mandata-nespravedlivo-za-oppozitsionnyu-deyatelnost-54-rossiya>

Grafik 14: Werden weitere Abgeordnete, die neben ihren Abgeordnetenpflichten ein eigenes Unternehmen führen, ihr Mandat verlieren?



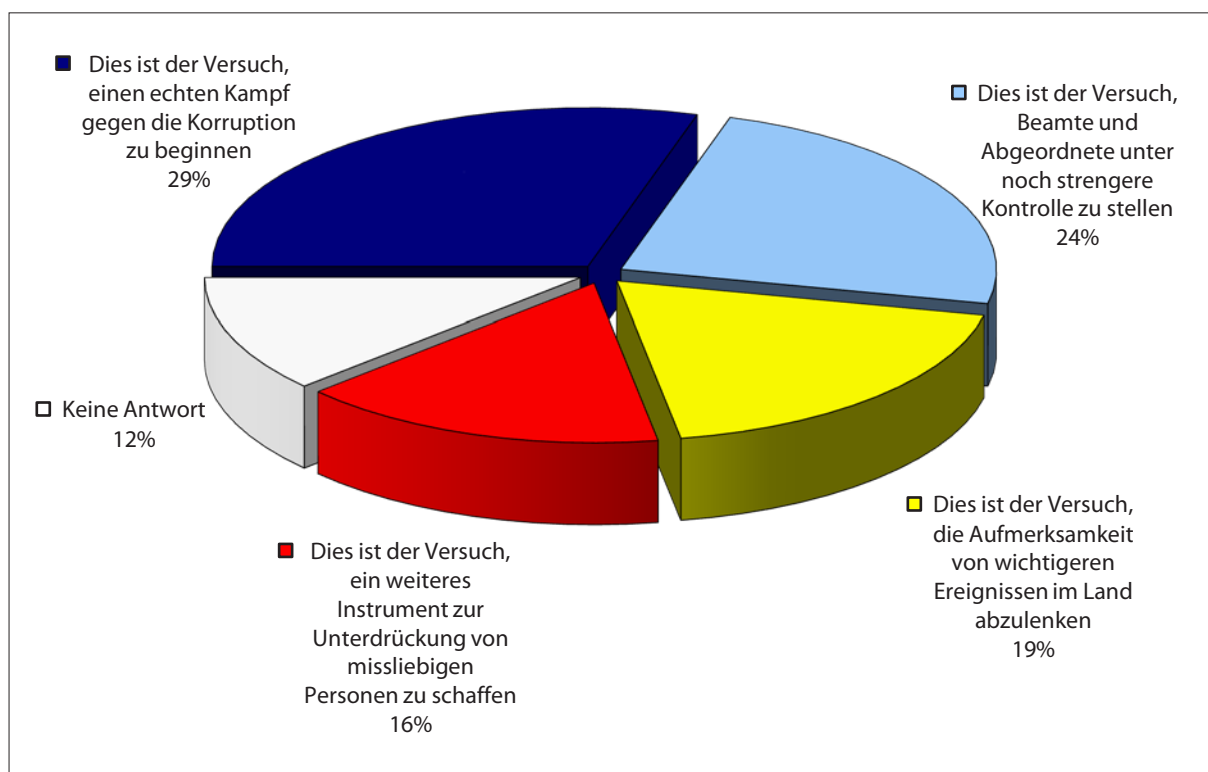
Quelle: repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums vom 21.–24. September 2012, N=1601, <http://www.levada.ru/print/27-09-2012/gennadiya-gudkova-lishili-mandata-nespravedlivo-za-oppozitsionnyu-deyatelnost-54-rossiya>

Grafik 15: Wie hat sich in Ihren Augen die Autorität der Staatsduma nach dem Entzug des Abgeordnetenmandats von Gennadij Gudkow verändert?



Quelle: repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums vom 21.–24. September 2012, N=1601, <http://www.levada.ru/print/27-09-2012/gennadiya-gudkova-lishili-mandata-nespravedlivo-za-oppozitsionnyu-deyatelnost-54-rossiya>

Grafik 16: Was halten Sie von Initiativen, Beamten und Abgeordneten ausländisches Eigentum und ausländische Bankkonten zu verbieten, dem Verbot von Nepotismus in Staatsämtern u. ä.?



Quelle: repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums vom 21.–24. September 2012, N=1601,

<http://www.levada.ru/print/27-09-2012/gennadiya-gudkova-lishili-mandata-nespravedlivo-za-oppozitsionnyu-deyatelnost-54-rossiya>

Vom 20. September bis zum 4. Oktober 2012

20.09.2012	Ramsan Kadyrow, tschetschenisches Republikoberhaupt, gibt bekannt, dass Sicherheitskräfte im Rayon Wedeno (Tschetschenien) vier mutmaßliche Untergrundkämpfer getötet haben.
20.09.2012	Bei der Eröffnung der Ausstellung »Geistiges Gefecht« der Künstlerin Jewgenija Malzewa, deren Kunstwerke orthodoxe Motive und Darstellungen der Aktivistinnen von »Pussy Riot« verbinden, kommt es vor einer Moskauer Kunstgalerie zu Auseinandersetzungen mit orthodoxen Gläubigen sowie Kosaken. Die Polizei nimmt neun Personen kurzzeitig fest.
21.09.2012	Das Gebietsgericht von Archangelsk hebt das Urteil einer unteren Instanz, die am 8. August das Strafmaß von Platon Lebedew, dem ehemaligen Miteigentümer von JUKOS, verkürzt hatte, wegen »übermäßiger Milde« auf und ordnet eine nochmalige Untersuchung durch ein anders besetztes Gericht an. Dem Urteil der unteren Instanz zufolge wäre Lebedew im März 2013 freigekommen.
23.09.2012	Bei dem Versuch einer Fahrzeugkontrolle werden in Chasawjurt (Dagestan) bei einem Feuergefecht vier mutmaßliche Untergrundkämpfer durch Sicherheitskräfte getötet.
24.09.2012	Ein Bezirksgericht im Gebiet Leningrad verurteilt einen Bürger St. Petersburgs wegen versuchter Wahlfälschung bei den Parlamentswahlen am 4. Dezember 2011 zu sechs Monaten auf Bewährung.
25.09.2012	Die Registrierung der Kandidaten für die Wahlen zum »Koordinationsrat der Opposition« am 20.–21. Oktober ist abgeschlossen und der Wahlkampf beginnt. Für die 45 Plätze kandidieren 218 Personen. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich ca. 38.000 Wähler registriert.
25.09.2012	Dmitrij Tschernyschenko, Vorsitzender des Organisationskomitees der Olympischen Winterspiele 2014 in Sotschi, gibt den offiziellen Slogan der Spiele bekannt: »Sharkie. Simnie. Twoi«. Die offizielle englische Version lautet: »Hot. Cool. Yours« und soll die sportlichen Leidenschaften und das subtropische Klima Sotschis, die winterliche Jahreszeit und die Assoziation Russlands mit dem Winter sowie die Olympiade für jeden darstellen.
25.09.2012	Das russische Außenministerium erklärt die Parlamentswahlen in Belarus vom 23. September für offen und frei und bedauert die »Sondermeinung« des Büros für demokratische Entwicklung und Menschenrechte der OSZE, das die Wahlen für weder frei noch demokratisch erklärt hatte.
26.09.2012	Russland blockiert die Verabschiedung der Abschlusserklärung über die Rechte der Jugendlichen auf der 9. Ministerkonferenz der Minister für Jugendpolitik der Teilnehmerstaaten des Europarates in St. Petersburg, da die europäischen Vertreter die Rechte sexueller Minderheiten in das Abschlussdokument aufnehmen wollen.
26.09.2012	In die Staatsduma wird ein Gesetz eingebracht, das die Strafen bei der Verletzung religiöser Gefühle verschärfen soll. Die Höchststrafen sollen hierfür bei 300.000 Rubel (ca. € 7.500), 200 Stunden gemeinnütziger Arbeit oder drei Jahren Haft liegen, bei der Schändung religiöser Objekte, Rituale oder Weihstätten soll die Maximalstrafe auf 500.000 Rubel (ca. € 12.000), 400 Stunden gemeinnützige Arbeit oder fünf Jahre Haft angehoben werden.
26.09.2012	Das Präsidium des russischen Obersten Gerichts, das dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte folgt, erklärt die Dauer der Untersuchungshaft von Igor Sutjagin, einem ehemaligen Mitarbeiter des USA- und Kanada-Instituts der russischen Akademie der Wissenschaften, für unzulässig. Gleichzeitig bestätigt das Urteil das Strafmaß des Jahres 2004. Sutjagin war wegen Hochverrats zu 15 Jahren Lagerhaft verurteilt worden. 2010 wurde er gegen die in die USA aufgefliegenen Spione ausgetauscht und erkannte seine Schuld im Rahmen des Begnadigungsverfahrens an.
27.09.2012	Moldawa ratifiziert den Vertrag über die Freihandelszone im Rahmen der GUS, der am 18. Oktober 2011 von Russland, Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgistan, Moldawa, Tadschikistan und der Ukraine unterzeichnet worden war.
27.09.2012	In Jekaterinburg werden die Nachrichtenagentur Ura.ru, ein im Ural einflussreiches unabhängiges Online-Nachrichtenportal, sowie die Privatwohnungen der Mitarbeiter von der Polizei durchsucht. Neben dem Vorwurf der Erpressung und Bestechung wird die Durchsuchung vor allem mit dem Diebstahl von 10 Mio. Rubel (ca. € 250.000) vom Konto der Agentur begründet. Die Buchhalterin wird festgenommen. Die Chefredakteurin bestreitet die Vorwürfe und begründet die Untersuchungen mit kritischen Publikationen über den Gouverneur des Gebietes Sverdlovsk, den Stellvertretenden Staatsanwalt und den Leiter der Polizei im Gebiet..

28.09.2012	Die russische Staatsduma beschließt die Einrichtung eines Komitees für Informationspolitik, Informationstechnologie und Netze. Dessen Vorsitzender wird der Abgeordnete Alexej Mitrofanow, der von der Partei »Gerechtes Russland« ausgeschlossen worden war.
28.09.2012	Die Russische Staatsduma entzieht Ilja Ponomarjow, Abgeordneter von »Gerechtes Russland« und aktiver Oppositionspolitiker, wegen »öffentlicher Verwendung grober und verletzender Äußerungen« ab dem 16. Oktober für einen Monat das Rederecht. Ponomarjow hatte die Redewendung »Diebe und Gauner« verwendet, womit die Partei »Einiges Russland« gemeint ist.
28.09.2012	Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2013 und in Perspektive bis 2015 wird in die Staatsduma eingebracht. Die Einwände von Präsident Wladimir Putin (etwa die höhere Förderung für die Staatsmedien 2013) werden in der Vorlage nur teilweise berücksichtigt. Die Haushaltsausgaben für 2013 belaufen sich auf 13,387 Billionen Rubel (ca. € 333 Mrd.), als Einnahmen werden 12,866 Billionen Rubel (ca. € 320 Mrd.) kalkuliert.
29.09.2012	In einem ölverarbeitenden Unternehmen im Autonomen Bezirk der Chanten und Mansen kommen bei einem Großbrand acht Arbeiter ums Leben. Neun weitere Personen werden verletzt.
30.09.2012	Einen Tag vor dem Beginn des Revisionsverfahrens im Urteil gegen drei Aktivistinnen der Punk-Gruppe »Pussy-Riot« vor dem Moskauer Stadtgericht äußert sich Wladimir Legojda, Vorsitzender der Synodalen Informationsabteilung der russischen Orthodoxen Kirche, offiziell zum Verfahren: »Wir wiederholen noch einmal, dass ähnliche Taten, die sich an den Gefühlen der Gläubigen vergreifen, eine Verurteilung verdienen und nicht unbestraft bleiben können, wodurch auch immer man sie zu rechtfertigen versucht. Diese Haltung vertritt auch eine überwältigende Mehrheit unserer Mitbürger. [...] Und da das Ziel einer Strafe die Läuterung ist, so sollte, wenn irgendwelche Worte der Verurteilten von deren Reue, dem Überdenken ihrer Tat zeugen sollten, dies nicht unberücksichtigt bleiben und die Gesetzesbrecher die Möglichkeit erhalten, den Weg der Besserung einzuschlagen.«
30.09.2012	Vitalij Mutko, Sportminister und Vorsitzender des Organisationskomitees »Russland-2018« gibt bekannt, dass die geschätzten Ausgaben für die Fußball-Weltmeisterschaft in Russland 600 Mrd. Rubel (ca. € 14,9 Mrd.) betragen, wovon der Staat 50 % übernehmen soll. Am Tag zuvor wurden von der FIFA Krasnodar und Jaroslawl von der Liste der Austragungsorte gestrichen und die übrigen elf Austragungsorte bestätigt.
30.09.2012	Im Moskauer Stadtzentrum werden 15 Teilnehmer einer Hochzeitsgesellschaft, die in die Luft geschossen hatten, von der Polizei befragt. Das Verhalten der dagestanischen Hochzeitsgesellschaft löst eine heftige Debatte aus. Der Schütze erhält am Folgetag eine 15-tägige Haftstrafe wegen »geringen Rowdytums«.
01.10.2012	Präsident Wladimir Putin bringt einen Gesetzentwurf in die Staatsduma ein, nach dem die Beschränkung der Amtszeiten von den Vorsitzenden der Obersten Gerichtshöfe in den russischen Föderationssubjekten abgeschafft werden soll – »mit dem Ziel der Bewahrung erfahrener und eingespielter Kader im Gerichtswesen«.
01.10.2012	Das Moskauer Stadtgericht verschiebt das Revisionsverfahren der Aktivistinnen von »Pussy Riot« auf den 10. Oktober. Vor dem Gerichtsgebäude werden fünf Demonstranten vorübergehend festgenommen.
01.10.2012	Bei einer Spezialoperation der Sicherheitskräfte in Gebiet Chasawjurt (Dagestan) wird ein mutmaßlicher Untergrundkämpfer getötet, drei weitere ergeben sich nach Verhandlungen.
01.10.2012	Ein Moskauer Bezirksgericht erklärt den Film »Die Unschuld der Muslime« für extremistisch und untersagt damit die Verbreitung des Filmes in Russland.
01.10.2012	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew trifft mit dem Facebook-Gründer, Mark Zuckerberg, zusammen und bespricht mit diesem den Schutz von geistigem Eigentum im Internet. Zuckerberg schenkt Medwedew ein T-Shirt mit dessen Facebook-Adresse als Aufdruck.
02.10.2012	Das russische Strafverfolgungskomitee gibt bekannt, dass es gegen die Ausstellung »Geistiges Gefecht«, die im Moskauer Zentrum für Moderne Kunst (Winsawod) stattgefunden hatte, wegen des Vorwurfs des Extremismus ermittelt.
02.10.2012	Die Parlamentarische Versammlung des Europarates verabschiedet eine Resolution, nach der die Verpflichtungen Russlands, darunter die endgültige Abschaffung der Todesstrafe, weiter überwacht werden sollen. Weiterhin wird die Rechtssprechung in Russland kritisiert und die rechtsstaatliche Behandlung der Fälle Chodorkowskij, Magnitski und Politikowskaja gefordert. Sergej Naryschkin, Sprecher der Staatsduma, sagte seine Teilnahme an den Sitzungen der Straßburger Versammlung mit der Begründung ab, es gebe eine »Anti-Russische Agenda«.
02.10.2012	Präsident Wladimir Putin nimmt an der Plenarveranstaltung des Investitionsforums »Russland ruft« in Moskau teil, das von der Staatsbank VTB organisiert wird. Er wirbt für weitere Investitionen in Russland.

03.10.2012	Im Sunshenskij Rayon (Inguschetien) geraten Sicherheitskräfte in einen Hinterhalt. Vier Polizisten werden getötet, zwei weitere verwundet.
03.10.2012	Das Oberste Gericht weist die Klage einer Menschenrechtsorganisation ab, die gegen das St. Petersburger Gesetz zum Verbot der »Propaganda von Homosexualität« gerichtet war. Im Februar hatte das Petersburger Regionalparlament ein Gesetz verabschiedet, das die Propagierung von Homosexualität und Pädophilie vor Minderjährigen unter Strafe stellt.
04.10.2012	Oleg Tabakow, künstlerischer Leiter des Moskauer künstlerischen akademischen Theaters (MchAT im. Tschechowa) wird zum Aufsichtsratsvorsitzenden des im Entstehen begriffenen »Öffentlichen Fernsehsenders« gewählt.
04.10.2012	Dmitrij Peskow, Pressesprecher von Präsident Putin, erklärt, dass Russland den Empfehlungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates nicht folgen wird. In der Resolution des Europarates werden die Menschenrechtssituation sowie die jüngsten Gesetzesverschärfungen kritisiert und Russland dazu aufgerufen, den Weg in Richtung Demokratie fortzusetzen.
04.10.2012	Transparency International nimmt die führenden Unternehmen des russischen Militär-Industriellen Komplexes sowie die zentralen russischen Waffenexportunternehmen in die Liste der intransparentesten Unternehmen weltweit auf.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und Satz: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2012 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de